

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017

Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/140

Der gescheiterte Staat "Failed state", Teil 3

Die Strategie der Destabilisierung Deutschlands durch Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 17. August 2017:
>>Scheinflüchtlinge machen weiter Urlaub im Herkunftsland! Abkassiert wird in Deutschland!

Ausländerbehörden in Baden-Württemberg haben rund 100 Asylanten erfaßt, die seit 2014 teilweise mehr als einmal in ihre Herkunftsländer reisten und nach der Rückkehr ins Sozialamt Deutschland ihren Schutzstatus als Asylbewerber behalten durften.

Auf Anfrage der AfD-Fraktion, hat das baden-württembergische Innenministerium nun erstmals Zahlen über die Urlaubs-Asylanten vorgelegt: Die kommunalen Ausländerbehörden haben seit 2014 rund 100 Fälle erfaßt. Es sei aber von einer "gewissen Dunkelziffer auszugehen", glaubt Amtschef Julian Würtenberger (CDU). Zielländer waren nach Angaben eines Sprechers etwa Syrien und der Irak. Das berichtetet am Donnerstag unter anderem der *Mannheimer Morgen*.

Der AfD-Landtagsabgeordnete Anton spricht von "unglaublichen und unhaltbaren Zuständen". Daß Reisen in ein "Verfolgerland" nicht dazu führen, daß die Asylberechtigung in Deutschland nach der Rückkehr erlischt, sei empörend.

Die Anerkennung als Asylberechtigter erlösche nur, "wenn sich der Ausländer freiwillig in seinem Heimatstaat niedergelassen hat", erklärt Amtschef Würtenberger die EU-Asyl-Richtlinie. Davon könne ausgegangen werden, wenn er sich dort dauerhaft aufhält. "Reisen in den Verfolgerstaat sind damit kein Erlöschensgrund, können aber nach einer Einzelfallprüfung zur Aberkennung des Schutzstatus führen."

Der Mann aus der Merkel-Partei fügt hinzu: "Wenn anerkannte Schutzberechtigte trotz einer Verfolgung oder Bedrohung zu Urlaubszwecken wieder in ihr Heimatland reisen, stellt sich zu Recht die Frage nach der Schutzbedürftigkeit dieser Ausländer."

Skepsis auch bei CDU-Innenpolitiker Thomas Blenke: "Für mich ist das völlig unverständlich. Wenn man in einem Land Urlaub machen kann, ist man wohl kaum verfolgt", zitiert ihn der *Mannheimer Morgen*.

Pläne des Landesinnenministeriums, die Kriterien für sogenannte Schutzbedürftigkeit zu lockern, seien schon Ende letzten Jahres an Bundesinnenminister Thomas De Maizière gescheitert. Das europäische Recht habe Vorrang.

Ein Berliner Jobcenter hatte im September 2016 die Vermutung bestätigt, daß anerkannte Asylanten in ihren Heimatländern Urlaub machen. Bei den bereisten Herkunftsländern handele es sich u.a. um Syrien, Libanon und Afghanistan. Aus datenschutzrechtlichen Gründen

dürfe das Jobcenter das Reiseziel jedoch nicht den Asylbehörden melden, hieß es damals. Nach damaliger Aussage des Innenministeriums wolle man das aber ändern. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. August 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die systematische Verharmlosung des Islam (x965/...): >>**Gezielte**

Verharmlosung des Islam

Täglich erleben wir, daß der Islam von den politischen Blockparteien des Bundestages und ihren willfährigen Propagandamedien verharmlost wird. Er wird als eine Religion wie jede andere dargestellt, ähnlich gelagert wie das Christentum. Es liege quasi nur an unserer Überzeugungsarbeit, daß alle Muslime unsere westliche Gesellschafts- und Lebensform übernehmen. Bis zu 4,7 Millionen sollen gegenwärtig in Deutschland leben, so daß es für die Frau mit dem angeblich weltweiten Herzen, die die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, offenkundig ist, *"daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört."*

Die Kanzlerin, schrieb der Münchner Merkur, *"verwies vor Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen auf die weltweiten Gewalttaten im Namen einer Religion - zu oft leider im Namen des Islams. Doch jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbiete sich, sagte Merkel. Die allermeisten Muslime seien rechtschaffene und verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger."* Also alles bestens.

Der altgediente Dukaten-Schäuble, auch von der CDU, der vor einem Jahr die Deutschen vor Abschottung gewarnt hatte, da diese das sei, *"was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe,"* denn für uns seien *"Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt"*, setzte vor kurzem erneut noch eins drauf. Er sieht das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland als Chance für die Bundesrepublik. *"Wir können von ihnen auch lernen"*, sagte er im Deutschlandfunk. Im Islam würden *"sehr viele menschliche Werte sehr stark verwirklicht"*.

Damit meine er *"auch die Toleranz"*. Die Aussage, der Islam sei *"ein Teil Deutschlands geworden"*, sei *"eine nüchterne Sachverhaltsfeststellung"*. *"Wer sie bestreitet, bestreitet die Wirklichkeit und ist deswegen kein tauglicher Politiker"*, sagte Schäuble.

Wie man sieht, arbeitet er mit dem Schüren von absurder Angst, mit Täuschung und Verdrehung - ein echter Demagoge. Ob der Islam zu Deutschland gehört oder durch die dem Volk aufgezwungene Einwanderung faktisch ein Teil Deutschlands geworden ist, das ist ein großer Unterschied.

Die SPD stellt in seltsamer Realitätsferne fest: *"'Den politischen Islam' gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. ... Der Islam ist eine Religion wie das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden."*

Das Grundmuster des Islam

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Fundamentale Lehre des Islam ist, wie auch der renommierte Islamwissenschaftler Tilman Nagel darlegt, daß alles, was existiert und was in jedem Augenblick geschieht, unmittelbar durch Allah geschaffen wird.

Das bedeutet: *"Jeder Mensch wird durch Allah im Mutterleib gebildet und kommt folglich als Muslim zur Welt. Nur negative Einflüsse bewirken, daß ein Neugeborenes später zu einem Juden, Christen oder gar zu einem Atheisten wird."*

Allah hat dem Satan gestattet, die Menschen zum Ungehorsam zu verführen, so daß viele in Widerspruch zur Daseinsordnung Allahs geraten. *"Tut der Mensch einen Schritt, dann nicht dank seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit, seiner eigenen Kraft und seinem eigenen Entschluß, sondern allein deshalb, weil Allah in eben diesem Augenblick in ihm alle Voraus-*

setzungen für diesen Schritt schafft; nur dem äußeren Anschein nach ist der Mensch der Akteur."

Neben Allah gibt es keine unabhängig wirkende Macht. Alles, was im Diesseits erscheint, ist in jedem Augenblick unmittelbar von Allah abhängig und wird durch ihn genau so und nicht anders festgelegt.

Daher besteht eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen dem allmächtigen Allah und seinen total von ihm abhängigen Kreaturen, die sich ihm unverwandt verehrend und anbetend hinzugeben haben. Dies kommt in dem arabischen Wort "Islam" zum Ausdruck, das ein Verbalsubstantiv zu dem arabischen Verb *aslama ist* und wörtlich das "Sich-Ergeben" (in den Willen Gottes), "Sich-Unterwerfen" (unter Gott), "Sich-Hingeben" oder "Sich-Preisgeben" (an Gott) bedeutet.

Indem der Muslim bekennt: "Es gibt keinen Gott außer Allah", bezeugt er, daß es keine eigenständige Kraft neben Allah gibt und vermeidet streng jegliche "Beigesellung". Diese sei die schlimmste Verfehlung, die der Mensch begehen kann.

Der Mensch ist in das überwältigende Kraftfeld Allahs eingegliedert, aus dem er sich nicht lösen kann, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Der Wille Allahs ist ihm unausweichliches Gesetz, demgegenüber dem Menschen keine Selbständigkeit und Freiheit zukommen. Allah hat keinen Sohn, der als Vermittler die Kluft zum Vater überbrücken könnte. Er thront alleine in ferner Transzendenz und erwartet absolute Unterwerfung, unbedingten Gehorsam von seinen Geschöpfen, denen sein Tun unerforschlich ist.

Daher heißt es in der 19. Sure: *"Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave."* Und auf die wahren Gläubigen wird mit den Worten hingewiesen: *"Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern (der Staub) sind die Spur der Niederwerfung"* (Sure 48). Allah gegenüber gibt es nur Sklaven, die sich vor ihm niederwerfen. Der einsam im Jenseits Thronende schaut nur auf die Rücken seiner im irdischen Staub liegenden untertänigen Geschöpfe und Befehlsempfänger herab.

Die totale Daseinsordnung

Da in der Welt alles nach Allahs Willen abläuft und auch das menschliche Dasein vollkommen durch Allah bestimmt ist, gibt es für den Muslim keine Grenze zwischen Religion und Gesellschaft, zwischen sakralen Handlungen und profanem Alltag. Es kann für ihn nur eine alle Regungen des Menschen umfassende einheitliche Daseinsordnung geben, in der sich Allahs Wille manifestiert. Die Einzelheiten können im Koran, der unmittelbaren Rede Allahs, die er durch seinen auserwählten Gesandten Mohammed der Menschheit übermittelt, nachgelesen und sowohl daraus, als auch aus dem Hadith, den Überlieferungen vom göttlich inspirierten Reden und Handeln Mohammeds, abgeleitet werden.

"Das Resultat ist die Scharia - der nach islamischer Vorstellung immer und ausnahmslos alles zu unterwerfen ist: die Herrschaft und das Gemeinwesen, die Gesellschaft sowie das Denken, Reden und Tun des Einzelnen. Schließlich unterliegt das gesamte Diesseits sowieso dem fortwährenden Bestimmen und Schaffen Allahs. Der Geltungsbereich der Scharia wird entsprechend als unbegrenzt aufgefaßt."

Die Scharia, das islamische (göttliche) Recht, will erreichen, *"daß die religiösen Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber Gott erfüllt werden und alle Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen - Vermögensrecht, Familien- und Erbrecht, Strafrecht unter anderem - stets diesem Gesetz entsprechen. ... Der Mensch hat das islamische Recht mit seinen Bestimmungen und Widersprüchen kritiklos zu akzeptieren. Das Forschen nach der Bedeutung und inneren Logik der göttlichen Gesetze ist nur zulässig, soweit Gott selbst den Weg dazu weist. Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia."*

Daraus ergibt sich zwingend, daß es für den Islam grundsätzlich keine von Menschen gemach-

te Rechts- und Gesellschaftsordnung geben kann, die mit dem göttlichen Recht der Scharia nicht in völligem Einklang steht. Es kann für ihn kein von Menschen gemachtes Recht geben. Das wäre Empörung gegen Allah und größte Ketzerei.

Dabei ist der in der FAZ z.B. geschilderte Streit darüber, ob die Demokratie mit dem Islam vereinbar ist, ein Scheingefecht. Demokratie wird dort formal als ein Verfahren kollektiver Willensbildung behandelt, das ja auch im Quasi-Gottesstaat des Iran z.B. angewandt wird. Entscheidend für den Islam ist es, daß die Beschlüsse mit der Scharia übereinstimmen, daß sie Ausführung des göttlichen Willens sind.

Der Islam ist daher von seinen Fundamenten her eine durch und durch politische Religion, die auf die totale Gestaltung auch der weltlichen Lebensbereiche Anspruch erhebt. Wenn daher die SPD behauptet, es gebe keinen politischen Islam, er werde nur, wie das mit jeder Religion möglich sei, politisch instrumentalisiert, ist das entweder disqualifizierende Unkenntnis oder bewußte Lüge und Täuschung der Bevölkerung.

Entscheidend für Europa ist demgegenüber, daß die demokratischen Verfahren auf der freien, aus eigener Erkenntnis sich selbst bestimmenden Individualität beruhen. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen kennzeichnet die gesamte europäische Entwicklung, durchpulst die Kultur Europas. Und auf diese Entwicklung hat das Christentum maßgeblichen Einfluß gehabt.

In der göttlichen Trinität des Christentums steht im Gegensatz zum Islam der "Sohn" dem "Vater" als ein eigenes, freies Wesen gegenüber, das weiß, was dieser will und tut und mit dem es in der Erkenntnis verbunden ist. *"Denn der Vater hat den Sohn zum Freunde und zeigt ihm alles, was er selber tut", sagt Christus nach Joh. 5, 20.*

Entsprechend will Christus das Verhältnis der Menschen zu ihm gestalten. *"Ich nenne euch nicht mehr Knechte (Sklaven); denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch habe ich Freunde genannt; denn alles, was ich von meinem Vater gehört habe, das habe ich euch zu erkennen gegeben"* (Joh. 15, 15). *"Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen"* (Joh. 8, 32).

Freiheit bedeutet auch Freiheit und Unabhängigkeit von Gott. Die moralischen Gebote Gottes sind nach christlicher Auffassung nicht zwingend. Ob der Mensch in der göttlichen Ordnung leben will oder nicht, ist seiner Einsicht und freien Entscheidung anheim gegeben. Daher erhebt Christus auch nicht den Anspruch, daß die göttlichen Gesetze unmittelbare Gültigkeit für das gesellschaftliche und staatliche Leben haben, denn das würde die Freiheit des Menschen aufheben. Das irdische Recht ist menschliches Recht, und ob göttliche Moralität in dieses einfließt, ist in die Freiheit des Menschen gestellt. In der gesellschaftlichen Gestaltung gehören deshalb Staat und Religion getrennten Lebensbereichen an.

Zwischen dem völlig unfrei der religiösen Totalität der islamischen Lebensgestaltung hingeebenen Muslim und dem nach Freiheit strebenden Menschen Europas besteht der denkbar größte Gegensatz. Wie soll der Islam zu Deutschland gehören? Es wird offensichtlich alles getan, diesen fundamentalen Gegensatz zu vertuschen.

Reformversuche des Islam

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts drängte sich der islamischen Welt immer mehr auf, daß die europäische Zivilisation der eigenen überlegen war. Und man mußte sich fragen, wie die Deutungshoheit der Scharia-Gelehrten, ja der Islam selbst vor einer Kultur bestehen konnten, in der Welt und Gott klar getrennt sind und aus der eine alles Leben verändernde Naturwissenschaft und Technik hervorging. Doch alle Überlegungen führten praktisch zu nichts, da für eine islamische Aufklärung und Säkularisierung prinzipiell keine Möglichkeit besteht.

Denn wie dargelegt, *"gehört es zu den Grundlagen des Islams, daß Allah niemals ruht, und das 'Reich Gottes', das die christliche Tradition erst am Ende der Zeit erwarte, existiere bereits: Es ist das fortwährend durch Allah geschaffen werdende Diesseits. Einen von Menschen*

in eigener Verantwortung zu gestaltenden Daseinsbereich gibt es nicht."

Daher gab es im 19. Jahrhundert wieder gegenläufige Bewegungen, *"die die Kernbotschaft des Islam von allen Trübungen befreien sollten. 'Es gibt keinen Gott außer Allah' - insbesondere dieser Satz sollte nicht mehr beeinträchtigt werden durch die 'Beigesellungen', die ... um sich gegriffen hätten."*

Dies sah man besonders in den komplizierten Verfahren der Scharia-Gelehrten eingetreten, mit denen diese die Scharia-Normen herleiteten. Man müsse sich wieder streng an den Koran und den Hadith halten, wurde gefordert.

Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann erst so recht die intellektuelle Auseinandersetzung mit Europa, wie Tilman Nagel weiter schildert, *"und nun wurden diese Reformideen wieder aktuell."*

Einer ihrer wichtigsten Vertreter war der Ägypter Muhammad Abduh (1849-1905), der von 1899-1905 das Amt des einflußreichen Großmufti von Ägypten bekleidete. Er verarbeitete die Reformideen zu einem Gedankengebäude, *"das bis heute die politisch-religiösen Machtansprüche des Islam prägt."*

Er stellte den Islam *"als eine rationale Religion dar, die zu modernen Entwicklungen wie Wissenschaften und Technik keinesfalls im Widerspruch stehen müsse. ..."* Der Islam sei *"kein Hindernis für moderne Entwicklung, Technologie und Wissenschaft. Abduh war davon überzeugt, daß der Islam sogar die besten Voraussetzungen für Modernität besäße - Traditionalisten und Orthodoxie, vor allem in der konservativen al-Azhar-Universität, vermittelten seiner Auffassung nach eine veraltete und teilweise falsche Version des Islam."*

Da der Islam die Daseinsordnung des Verstandes sei und nur der Verstand nach Allahs Willen den Menschen zum Menschen mache, sei er die Religion, die für die gereifte Menschheit bestimmt sei. Andere Religionen wie das Christentum paßten lediglich zu vorausgehenden Entwicklungsstadien.

Dies scheine nur in der Moderne noch anders zu sein, da der Islam, so Muhammad Abduh, über Jahrhunderte wie ein Arzt gehandelt, der die Leiden seiner Patienten, z.B. des Christentums, behandelt und sich dabei angesteckt habe. *"Er habe den Christen im Mittelalter die rationale Naturforschung vermittelt, sei aber mit dem Bazillus der 'Beigesellung' infiziert worden. Er habe Menschen als Mittler zwischen Mensch und Allah akzeptiert."*

"Ein von solchen Beimengungen befreiter, reformierter Islam ist für Muhammad Abduh nicht nur die Grundlage für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt; er sei die Religion und Daseinsordnung für die ganze gereifte Menschheit, eine Daseinsordnung, in der Religionsausübung und Alltagsleben gerade nicht voneinander getrennt sind. Das bedeute, daß der Islam als die künftige Menschheitsreligion die uneingeschränkte Herrschaft der Scharia etablieren müsse, die die weltlichen Gesetze einer freiheitlich-demokratischen Ordnung restlos zu ersetzen habe. ..."

Muhammad Abduhs Gedanken wurden stilbildend für die Auseinandersetzungen der Muslime mit der westlichen Zivilisation, aber auch für die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Gestaltung islamischer Gesellschaften und Staaten. Bis heute werden diese Vorstellungen vielfältig variiert; sie liegen Strömungen des Islams zugrunde, die man als gemäßigt bzw. liberal charakterisiert, aber auch solchen, die sich den Kampf mit der Waffe auf die Fahnen geschrieben haben."

Es ging also Muhammad Abduh darum, den Islam mit der modernen Naturwissenschaft und Technik des Westens in Einklang zu bringen, nicht aber für dessen freiheitliche Lebensgestaltung. An diesem Sachverhalt müssen alle Illusionen eines liberalen Euro-Islam und alle Lügen von im Islam vorbildhaft verwirklichter Toleranz zerschellen. Dabei ist die grundsätzlich im Islam verankerte Gewalt gegen die "Ungläubigen" und der daraus legitimierte Terrorismus hier noch nicht einmal ins Auge gefaßt. ... Aus dem vorstehend Geschilderten ergibt sich in

klarer Konsequenz, daß alle Muslime, die hier am Islam festhalten, nicht integrierbar sind.

Täuschung und Wirklichkeit

Wenn daher der Bundesinnenminister de Maizière (Spötter sagen "de Misère") kürzlich schwärmte, *"der Islam, wenn er ein aufgeklärter, europäischer und der Demokratie zugewandter Islam ist, ist auch Kitt der Gesellschaft"*, dann ist das eine substanzlose Illusion oder eben arglistige Täuschung derjenigen, "die schon länger hier leben". Und wenn der Dukaten-Schäuble im Islam angeblich vorbildhaft für uns neben vielen menschlichen Werten auch die Toleranz verwirklicht sieht und die Mutter aller Gläubigen behauptet, die allermeisten Muslime seien verfassungstreue Bürger, kann das ebenfalls nur als Verharmlosung und vorsätzliche Täuschung bezeichnet werden.

Eine Ende 2007 erschienene wissenschaftliche Studie über die Muslime in Deutschland, die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben war, kam zu dem Ergebnis, das die Islamwissenschaftlerin Christine Schirrmacher so zusammenfaßte:

46,7 % stimmen "eher" oder "völlig zu", daß 'die Befolgung der Gebote meiner Religion ... für mich wichtiger (ist) als Demokratie', was ungefähr den Ergebnissen früherer Umfragen entspricht, daß rund die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland den Koran und die Demokratie für unvereinbar hält. 33,6 % befürworten die Todesstrafe."

Die Studie selbst hält in einem ersten Resümee fest: *"Fundamentale Orientierungen, die eine enge religiöse Bindung, hohe Alltagsrelevanz der Religion, starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen verbinden mit einer Tendenz, Muslime, die dem nicht folgen, auszugrenzen sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten, zeigen eine enorme Verbreitung. In der (muslimischen) Allgemeinbevölkerung sind etwa 40 % einem solchen Orientierungsmuster zuzuordnen."*

Auch eine Befragungen türkischstämmiger Einwanderer, der mit über 3 Millionen größten Gruppe der Muslime, über Integration und Religiosität, die das Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Universität Münster 2016 vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß *"der Aussage 'Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe', 47 Prozent der Befragten zustimmen. 50 Prozent bejahen "stark" oder "eher" die Einstellung "Es gibt nur eine wahre Religion". 36 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, daß nur der Islam in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu lösen."*

"Der Aussage "Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben", stimmen laut der Ennid-Umfrage 32 Prozent der Befragten "stark" oder "eher" zu. Auch wenn vorausgesetzt werde, daß vielen Befragten nähere Kenntnisse der soziokulturellen Bedingungen des siebten Jahrhunderts fehlen: Ein Drittel der türkischen Migranten hegt demnach eine Sehnsucht nach einer archaisch islamisch geprägten Gesellschaft."

Die Strategie der Täuschung

Es kann also keine Rede davon sein, daß *"die allermeisten Muslime verfassungstreue Bürger"* seien, wenn etwa die Hälfte die Scharia über die deutschen Gesetze, also auch über die Verfassung stellt. Von der anderen Hälfte ist nur ein geringer Teil wirklich voll integriert, aber auch nur dadurch, daß sie sich vom Islam innerlich emanzipiert haben und in die europäische individualistische, freiheitliche Kultur eingetaucht sind. Der größte Teil der anderen Hälfte sind die Lauen, die mit ihrer ererbten Religion still vor sich hinleben, aber z.T. sicher jederzeit für den wahren Islam erwärmt, erhitzt, fanatisiert werden können.

Die meisten Gläubigen haben den Koran und den Hadith kaum oder gar nicht selbst gelesen, sondern deren Inhalte letztlich von den Imamen und Scharia-Gelehrten empfangen. Das religiöse Leben des Islam ist ganz auf Autoritäten gebaut: von Allah, zu Mohammed, zu den Kalifen, Imamen, Schriftgelehrten und den Clan- und Familienoberhäuptern. Natürlich halten die Imame ihre Schäfchen dazu an, sich in der Fremde, solange sie dort in der Minderheit sind,

den Gesetzen notgedrungen äußerlich anzupassen. Ein ehemaliger Professor für islamische Geschichte an der Universität Kairo weist eindringlich darauf hin:

"Sind Muslime wie in Europa (noch) in der Minderheit, ist es Dschihad-Strategie, den Islam als friedlich und harmlos zu präsentieren, um so Türen zu öffnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Mohammeds Aussage 'Kampf ist Täuschung' ist in der ganzen islamischen Welt bekannt. ... Der Islam lehrt, daß Lüge, Betrug und Täuschung existentielle Werkzeuge des Dschihad sind, nach dem Grundsatz: 'Der Zweck heiligt die Mittel'.

'Gläubige, die sich in einem nichtmuslimischen Land in einer unterlegenen Situation, in der Minderheit befinden, sollen den Leuten des Buches (Juden und Christen) vergeben und geduldig mit ihnen sein, wenn diese Allah oder seinen Propheten auf irgendeine Art beleidigen. Die Gläubigen sollen die Leute des Buches anlügen, um ihr Leben und ihre Religion zu schützen.' (Ibn Taymiyah 1263-1328) *Ein muslimisches Sprichwort sagt: Wenn du die Hand deines Feindes nicht abhacken kannst, dann küsse sie."*

Vor diesem Hintergrund wird die Rolle islamischer Organisationen wie des "Zentralrats der Muslime in Deutschland", der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)" oder des "Verbandes der Islamischen Kulturzentren" durchsichtig.

Der Islam bietet in der Minderheit nie sein wahres Bild. *"Das Wesen einer Religion und Ideologie wird nicht dort glaubhaft erkennbar, wo sich dieser 'Glaube' in der Minderheit befindet, sondern da, wo diese Glaubensweise das Sagen hat."*

Der Islam ist in 25 Ländern Staatsreligion (Wikipedia). Diese "islamischen Republiken" werden teilweise oder überwiegend nach Prinzipien des Islam regiert, und in der Gesetzgebung findet in Teilen oder als Ganzes die Scharia Anwendung. Es ist weltweit kein islamischer Staat bekannt, in dem freie, umfassende Religionsausübung für andere Religionen gewährleistet ist. Im Gegenteil: Weltweit werden ca. 100 Millionen Christen ihres Glaubens wegen verfolgt, insbesondere in islamischen Staaten.

Wenn die Grenzen Deutschlands für alle unaufhörlich heranströmenden Immigranten ohne Obergrenze weiter geöffnet bleiben und die Geburtenrate der überwiegend islamischen Immigranten so hoch bleibt, wie sie in ihren Herkunftsländern ist - bei weiterhin niedriger Geburtenrate der Deutschen - werden in absehbarer Zukunft die Muslime die Mehrheit in Deutschland bilden.

Bayerische Politiker prognostizierten 2015 unter dem Eindruck der 1,5 Millionen Eindringlinge bis zum Jahr 2020 unter Einbeziehung des Familiennachzuges sogar rund 20 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Bundesrepublik. Es geht zwar jetzt etwas langsamer, aber ein Anschwellen des stetigen Zustromes wird bereits wieder erwartet. Immerhin haben bereits 35,9 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland Migrationshintergrund.

Es ist ganz klar, daß die Muslime mit wachsendem Anteil an der Gesamtbevölkerung und erst recht in der Mehrheit ganz andere Ansprüche an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellen werden - unter Berufung auf die Demokratie. Unter welchen, gelinde gesagt, Schwierigkeiten die deutsche Minderheit dann zu leben hat, mag sich jeder selber ausmalen. Wer als Politiker solche prognostischen Überlegungen nicht anstellt, handelt unverantwortlich.

Es ist schier ausgeschlossen, daß die Regierung und die großen Parteien mit ihren wissenschaftlichen Apparaten den wahren Islam nicht genau kennen und diese Entwicklung nicht auch voraussehen würden. Alles deutet daher darauf hin, daß sie - man muß es so bezeichnen - mit ungeheurer krimineller Energie die Bevölkerung permanent bewußt täuschen, um Unruhen und Widerstand zu vermeiden.

Sie sind offensichtlich Komplizen der UNO- und EU-Vorgaben, Millionen und Abermillionen asiatischer und afrikanischer Migranten nach Deutschland und Europa mit der Intention einwandern zu lassen, die europäischen Völker und ihre homogenen Staaten zu Gunsten eines

angestrebten Weltstaates aufzulösen. Das ist das übergeordnete Ziel, zu dem offenbar auch der Islam seine zersetzende Rolle zu spielen hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. August 2017: >>**Zwischen Marx und Mohammed**

Von Gast Autor Stefan Allgaier

Eines ist uns erspart geblieben: Daß gleichzeitig zum linksradikalen Höllensturm während des G20-Gipfels in Hamburg die Schläfer des Islamischen Staates (IS) in anderen Städten zuschlugen. Die Polizei, die aus allen Bundesländern Kräfte an die Elbe abgeordnet hatte, wäre kalt erwischt worden. Die schwarzen Fahnen, die in der Hansestadt geschwenkt wurden, waren die der Anarchisten - nicht die des IS.

Noch trennt ein Graben wesentliche Teile der Revoluzzer von den Dschihadisten. Die theoretische Avantgarde der Krawallanten, die sogenannte Interventionistische Linke, fühlt sich zwar den Terroristen verbunden - aber nicht denen des IS, sondern denen der kurdischen PKK und seines Ablegers YPG in Syrien, die zumindest derzeit an vorderster Front gegen die salafistischen Kopfab-Milizen kämpfen und im Nordwesten des Landes ihren eigenen Protostaat, Rojava genannt, proklamiert haben.

Die nützlichen Idioten

Immerhin gab es im Vorfeld der hanseatischen Feuernächte einen Schnupperkurs für Islamliebhaber: "Im Panoramaraum der Hamburger Katholischen Akademie haben sich am Freitag (30.6.2017) mehr als 100 Jugendliche katholischer, evangelischer und muslimischer Glaubensrichtungen zu einem bemerkenswerten Dialog eingefunden. Eingeladen hatte die christlichen und muslimischen Jugendlichen neben der Schura Hamburg der Fachrat Islamische Studien, die katholische Akademie, das Zentrum für Mission und Ökumene, die Junge Islam Konferenz und das Jugendforum St. Georg/Borgfelde.

Unter dem Motto "G20: Was tust Du für Deine Welt? - Hamburger Jugend macht's vor!" wurden Inputs gegeben, Diskussionen angeregt und ein Workshop für konkrete Ideen durchgeführt", berichtete das Islam-Portal *dunia.de*.

Der IS hofft jedenfalls auf den Schulteranschlag mit den Roten und proklamierte schon 2015 in seiner Kampfschrift "Black Flags from Rome - Armed Gangs & Missiles": "Es ist höchst wahrscheinlich, daß es zu Bündnissen zwischen Muslimen und linken Aktivisten kommen wird. (...) Ein Teil wird realisieren, daß (...) der bewaffnete Kampf die Alternative ist." Die nützlichen Idioten für diese Strategie finden sich in der hiesigen Friedensbewegung. Im November 2015 organisierten Pax Christi und die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK in Frankfurt eine Veranstaltung unter dem Titel "Islamischer Staat - vernichten oder diplomatisch anerkennen?".

Kurz nach den mörderischen Anschlägen in Paris mit 130 Toten und dem Abschluß eines russischen Passagierflugzeuges durch den IS empfahl DFG-VK-Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer einen Schmusekurs: "Wir müssen mit dem IS verhandeln. Das wird schwierig, aber es wird gehen."

Drei Wochen später, Mitte Dezember 2015, verwüsteten Antifa-Horden die Leipziger Südvorstadt. Selbst Leipzigs OB Burkhard Jung (SPD), der bisher im "Kampf gegen Rechts" die Linksradikalen als Bündnispartner begrüßt hatte, war über den "offenen Straßenterror" entsetzt. "Diese Gewalt von Anarchisten und sogenannten Autonomen ist schockierend", erklärte der Oberbürgermeister. "Hier waren Kriminelle am Werk, die vor nichts zurückschrecken." Pikant: Eine der Antifa-Demonstrationen fand unter der Überschrift "Nieder mit dem Baath-Regime in Syrien!" statt und bewegte sich damit auf der Linie der Dschihadisten.

Unterstützung für die Mudschaheddin gibt es auch von der linken Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz, die der fundamentalmuslimischen Opposition gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Baschar al-Assad parlamentarischen Flankenschutz gewährt. Ihr Pro-

jekt nennt sich Adopt a Revolution und unterhält gute Beziehungen zum Syrischen Nationalrat, der eng mit der Freien Syrischen Armee (FSA) verbunden ist und fortwährend ein militärisches Eingreifen der NATO fordert. Die FSA wiederum gilt im Westen als moderat, hat aber an den Fronten des Bürgerkrieges immer wieder militärisch mit dem IS und dem al-Qaida-Ableger al-Nusra-Front kooperiert.

Das Anbandeln zwischen Islamismus und Linksradikalismus ist kein neues Phänomen. In den Nachwehen der Roten Armee Fraktion entstand 1992 die linksterroristische Gruppierung Antimperialistische Zellen (AIZ). Bis 1996 verübten die AIZ neun Brand- und Sprengstoffanschläge, so gegen ein GSG-9-Mitglied (1993, Solingen), die Geschäftsstelle der CDU Düsseldorf (1994), den CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Breuer (1995, Siegen) sowie das Konsulat von Peru (1995, Düsseldorf). Die einzigen bekannten AIZ-Mitglieder Bernhard Falk und Michael Steinau wurden im Februar 1996 verhaftet und später wegen Mordversuchs verurteilt. Die AIZ erfreute sich an der "islamischen Vorstellung von einem einfachen und gerechten Leben".

Zudem empfahl sie die Scharia als kulturelles Erbe für eine Entwicklung einer egalitären Gesellschaft und den Koran als Werk mit "allgemeinen humanistischen und ethisch-moralischen Prinzipien". Während der 13- beziehungsweise 9-jährigen Haft orientierte sich Steinau - so die linke Wochenzeitung Jungle World - am ebenfalls einsitzenden Neonazi Kay Diesner, während sich Falk nach der Haftentlassung 2008 im Raum Dortmund in salafistischen Kreisen herumtrieb und in einem Pamphlet mit Terror gegen die US-Basis Ramstein drohte. Zudem betreut er laut Verfassungsschutz und LKA Islamisten im Knast, wobei der Begriff Gefangenbefreiung gefallen sein soll.

Falk ist kein Einzelfall. Der Dschihadisten-Aussteiger Irfan Peci nennt in einem Beitrag des Bayerischen Rundfunks vom März 2017 weitere Beispiele. So hat der IS-Terrorist und frühere Rapper Denis Cuspert aka Deso Dogg geäußert, daß er früher mit linksmilitanten Freiheitsbewegungen sympathisierte. Sein Weggefährte, der österreichische Terrorist Mohamed Mahmud, soll laut Terrorexperte Thomas Schmidinger in der SPÖ-nahen Aktion kritischer Schüler_innen gewesen sein. Über die antiimperialistische Linke und den Antiamerikanismus habe er zum Dschihad gefunden.

Dschihadisten und Linksradikale treffen sich auf halbem Weg in der Kapitalismuskritik. Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden soll eifriger Leser des roten Starintellektuellen Noam Chomsky gewesen sein. Und wie Al Gore sorgte sich auch der Saudi um den Klimawandel: "Aber die Verschwendung der Energie (...) wird zu Chaos, Schande und Niederlage führen."

Öko ist bei den Gotteskriegern ohnedies ein Muß. So weist das 2015 erschienene IS-eBook Hijrah to the Islamic State die Terroristen an, zum Schutz der Umwelt ein Solarladegerät mit in den heiligen Krieg zu nehmen. Auch in der Militärstrategie gibt es Parallelen zwischen Mudschaheddin und Linksrevolutionären. Der Weggefährte Bin Ladens, Abu Musab al-Suri, bezieht sich in seinem Buch *The Global Islamic Resistance Call* (2005) auf Mao Tse Tung, Che Guevara, den vietnamesischen General Giap und Fidel Castro. Sein Kalkül: Als Reaktion auf islamistischen Terror entsteht eine rechtsreaktionäre Gegenbewegung, welche die Konfrontation mit den Dschihadisten sucht und dadurch Europa destabilisiert. ...<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 22. August 2017: >>**Amtsgericht Hakenkreuz-Urteil gegen Stürzenberger**

Der vom Verfassungsschutz als islamfeindlich eingestufte Politiker und Blog-Schreiber Michael Stürzenberger ist jetzt vom Münchner Amtsgericht zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Der Münchner hatte im Sommer vergangenen Jahres in sozialen Netzwerken einen Text veröffentlicht, mit dem er laut Anklageschrift den Islam als faschistische Ideologie bezeichnete und dies als Tatsache darstellte.

Am Ende seiner Ausführungen war ein Bild zu sehen, das einen Mann mit einer Hakenkreuz-

Armbinde zeigt. Das Gericht sah in den Veröffentlichungen eine Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungen in Tateinheit mit dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und verurteilte Stürzenberger zu einer Haftstrafe auf Bewährung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 23. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Heute Ceuta, morgen Ihr Haus!**

In der spanischen Exklave Ceuta gelang mehr als 200 jungen afrikanischen Männern ein "gelungener Grenzübertritt" ("Welt"). Der "Spiegel" schrieb von einem "erfolgreichen Massenansturm". Tatsächlich haben die Eindringlinge den spanischen Grenzposten gestürmt, dabei einem Polizisten, der nicht rechtzeitig zur Seite springen konnte, das Bein gebrochen und sind anschließend unter Siegesgebrüll durch den Ort gezogen.

Die spanische Regierung hat nicht etwa sofort Polizeiverstärkung geschickt, um die Illegalen wieder aus dem Land zu werfen; nein, die jungen Afrikaner haben es geschafft: sie dürfen bleiben und werden rundum versorgt. Während bislang Grenzverletzungen durch ein Überklettern des Zaunes verübt wurden, wird nun ganz offen und ungeniert die Grenzstation durchschritten: legal, illegal, schießegal.

Die Eindringlinge wissen ganz genau: Europa ist so unglaublich schwach, daß es die Gesetzesbrecher belohnt. Sie bekommen, was sie wollen, wenn sie nur das Gesetz brechen. Heute Einlaß nach Spanien und Versorgung - und morgen? Ihr Haus, Ihre Frau, Ihr Vermögen?

Ein offener Angriff auf eine Grenzstation und ein gewaltsames Eindringen ins Land war früher auch hier und ist heute im Rest der Welt ein kriegerischer Akt, der notfalls militärisch abgewehrt werden muß. Im spätdekadenten Westeuropa ist es die Berechtigung zur Teilhabe am Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. September 2017: >>**Großmoschee in Sulzbach**

Der saarländische Ort droht zur Salafistenhochburg zu werden

Die alte Post im saarländischen Sulzbach soll zur größten salafistischen Moschee in Deutschlands Südwesten umgebaut werden. Der geplante Umbau, den der Stadtrat und die zuständige Baubehörde bereits durchgewinkt haben, erregt jetzt die Gemüter im sonst eher beschaulichen kleinsten der bundesdeutschen Flächenstaaten. Träger der geplanten Moschee ist nämlich die Islamische Gemeinde Saar (IGS), die bereits in Saarbrückens Stadtteil Burbach und für die arabischen Medizinstudenten in Homburg zwei arabischsprachige Moscheen betreibt, die in der Vergangenheit öfters wegen Haßpredigten für Aufsehen gesorgt haben.

So hatte ein Gastprediger aus Jordanien 2016 in der IGS-Moschee in Burbach Folgendes gepredigt: "Der Prophet hat uns die Eroberung von Konstantinopel prophezeit, dieses wurde 800 Jahre nach ihm erobert. Wir werden Rom erobern, wie es der Prophet uns prophezeit hat, mit Zustimmung derer oder zum Trotz." Die Predigt wurde auf der Webseite des "Middle East Media Research Institute" (Memri), einer Organisation, die islamische Medien beobachtet mit dem Ziel, islamistische Positionen zu dokumentieren, festgehalten. Rom ist für Islamisten ein Symbol für "den Westen" und zudem als Hauptstadt der Katholiken ein besonderes Feindbild für den radikalen Islam.

800 Quadratmeter Fläche stehen im alten Postgebäude in Sulzbach für das islamische Zentrum zur Verfügung, das 200 Besuchern Platz bieten soll. 600.000 Euro veranschlagt die muslimische Gemeinde für den Umbau. Woher das Geld kommt, sagt sie nicht.

Daß die alte Post überhaupt in den Besitz des zwielichtigen Trägervereins kommen konnte, liegt am Bürgermeister der Stadt, Michael Adam. Der Christdemokrat hatte vom Vorkaufsrecht der Stadt keinen Gebrauch gemacht. Das werfen immer mehr besorgte Bürger ihrem Bürgermeister nun vor. Dieses gilt um so mehr, als es in Sulzbach ohnehin schon seit Langem eine stadtbekanntes salafistische Szene gibt.

Der CDU-Bürgermeister erhält jedoch Rückendeckung vom SPD-Stadtverbandsvorsitzenden Dieter Heckmann, der ein naives Islamverständnis hat und von einem toleranten, friedlichen Miteinander träumt. Diesen Traum trennen leider Welten von den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes. Selbst die dem linken Spektrum zugeordnete "Aktion 3. Welt Saar" hatte vor der IGS gewarnt und in einer spektakulären Stellungnahme nach dem "Charlie Hebdo"-Attentat 2015 klargestellt, daß es zwar moderate Muslime gibt, aber der Islam nicht moderat ist.

Seitdem in Sulzbach ein ägyptischer Gastimam konservativ denkende Muslime über die Landesgrenzen des Saarlandes hinaus anzieht, fürchten viele Sulzbacher, daß der Postumbau diese Attraktivität noch steigern wird. Abgesehen vom Umbau der alten Post in eine Moschee und ein Islamzentrum plant die 2010 gegründete IGS auch noch, die bereits seit den 1970er Jahren bestehende Moschee in Brefeld, einem rund zur Hälfte von Türkischstämmigen bewohnten Stadtteil Sulzbachs, zum Salafismus zu bekehren.

Die etwa 60 Mitglieder der IGS werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Allerdings heißt es im letzten Lagebericht der Behörde, daß die Sulzbacher Salafisten nicht missionarisch unterwegs seien.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 6. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Das Özoguz-Paradox**

"In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht", schrieb Kurt Tucholsky. Und der politisch-mediale Komplex bestätigt es.

Der AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland erklärte, daß er die "Integrationsbeauftragte der Bundesregierung", Aydan Özoguz (SPD), am liebsten "in Anatolien entsorgen" wolle. Grund dafür ist Özoguz Postulat: "Eine spezifisch deutsche Kultur ist jenseits der Sprache nicht feststellbar." Özoguz behauptet übrigens noch anderes. So trat sie den Bestrebungen zum Verbot von Kinderehen entgegen, findet es aber völlig in Ordnung, wenn angeblich politisch Verfolgte in ihren Heimatländern Urlaub machen. Sie agiert insgesamt weniger als Integrations- denn als Islamisierungsbeauftragte.

Statt sich mit dieser furchtbaren Frau auseinanderzusetzen, fielen Politiker und ihre Hofberichterstatter über Gauland her, weil er "entsorgen" gesagt hatte. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs etwa nannte Gauland einen "widerlichen senilen Hetzer". Kahrs wünschte sich allerdings unlängst selbst "Merkel zu entsorgen".

Da wunderte sich dann auch die liberale 'NZZ' aus Zürich: "Wenn eine Person, die den Staat repräsentieren sollte, die eigene Kultur verneint, dann ist es verständlich, wenn man sie sich nicht als Ministerin wünscht." Daß es in Deutschland anders ist, hat, so die Schweizer, einen einfachen Grund: "Die deutsche Selbstaufgabe. Das ist das deutsche Paradox: die penetrante Selbstverleugnung bei gleichzeitiger Anerkennung der anderen." Und das wird auch ein Alexander Gauland noch sagen dürfen!<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. September 2017: >>**Dschihad erobert die Gefängnisse**

Radikale Moslems rekrutieren in deutschen Haftanstalten immer mehr neue Anhänger

Das Bundeskriminalamt gibt Berlins Justizvollzugsbeamten in einem Leitfaden nun Hinweise zum Umgang mit radikalen Moslems. Die Aktion enthüllt: Inhaftierte Dschihadisten werden zunehmend zu einem Sicherheitsproblem in den Gefängnissen der Hauptstadt.

In ganz Deutschland werden Vollzugsbeamte mittlerweile im Umgang mit radikal-islamischen Häftlingen geschult. Als Warnsignale für eine Radikalisierung gelten Symbole von Terrorgruppen ebenso wie bestimmte Gesten, Bekleidung, Barttracht oder Namensänderungen. Laut einem Bericht der Zeitung "BZ" ist Mitarbeitern des Berliner Strafvollzugs nun eine als Verschlußsache deklarierte Ausarbeitung des Bundeskriminalamtes (BKA) ausgehändigt wor-

den, die eine Reihe von Hinweisen zu radikalen Moslems liefert.

Sensibilisiert werden die Beamten darin, Veränderungen wahrzunehmen, die auf eine Radikalisierung von Gefangenen hindeuten. Berlin ist mit seinen mehr als 40 inhaftierten radikalen Muslimen nicht allein betroffen. Insgesamt sitzen deutschlandweit derzeit etwa 300 Personen, die die Behörden dieser Gruppe zuordnen, hinter Gefängnismauern.

Neben Berlin werden auch aus Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen zweistellige Zahlen von inhaftierten radikalen Moslems gemeldet. Die Zahl könnte schon bald rapide steigen. Generalbundesanwalt Peter Frank äußerte im August in einem Interview mit dem Berliner "Tagesspiegel", er rechne allein 2017 mit 500 bis 600 Prozessen gegen Terror-Beschuldigte. Im Vorjahr seien knapp 240 neue Verfahren gegen radikale Moslems eröffnet worden, wobei es sich bei mehr als 80 Prozent um Fälle "aus dem Phänomenbereich des islamistischen Terrorismus" gehandelt habe.

Auch vom Bundeskriminalamt kommen alarmierende Zahlen. Die Behörde ermittelt mittlerweile gegen mehr als 400 Personen wegen des Verdachts, sie seien Mitglieder von Dschihad-Gruppen gewesen, bevor sie als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind.

Schon die derzeit in Haft sitzenden radikalen Moslems stellen die Behörden vor Probleme. Die verstärkte Beobachtung der Gefangenen erfordert Vollzugpersonal, das nicht nur in Berlin oftmals knapp ist. Eine andere Sicherheitsmaßnahme droht wiederum eine verhängnisvolle Langzeitwirkung zu entfalten. Bundesweit ist es mittlerweile üblich, radikale Moslems voneinander getrennt unterzubringen. Laut einer Auskunft des Berliner Senats soll damit einer "gegenseitigen Bestärkung in der radikalen Gesinnung" entgegengewirkt werden.

Längst haben Terrorgruppen wie der Islamische Staat allerdings erkannt, welches Rekrutierungspotential auch ganz gewöhnliche Kriminelle darstellen. Hinter vielen Gefängnismauern ist damit ein besonders brisanter Mix zustande gekommen: Der Fanatismus von radikalen Moslems in Kombination mit der kriminellen Energie von Drogendealern, Schlägern und Intensivtätern. Forscher am Londoner King's College haben sich systematisch mit diesem Phänomen beschäftigt und im vergangenen Jahr eine Studie veröffentlicht.

Die Auswertung der Werdegänge von Dschihadisten läßt demnach darauf schließen, daß sich mehr als ein Viertel von ihnen während eines Gefängnisaufenthalts radikalisiert hat. Untersucht hatten die Wissenschaftler die Fälle von 79 radikalen Moslems in mehreren europäischen Ländern. Bei mindestens 27 Prozent der Untersuchten ist von einer Radikalisierung während der Haft auszugehen. 57 Prozent der Untersuchten waren vor ihrer Radikalisierung bereits inhaftiert gewesen.

Zu befürchten ist, daß sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren noch massiv verstärkt. Die deutsche Justiz bislang hat sehr unterschiedliche Signale ausgesendet, wenn es um die Abschiebung von Terrorverdächtigen ging. Erst im August billigte das Bundesverwaltungsgericht in zwei Grundsatzentscheidungen die Abschiebung von Terrorverdächtigen aus Deutschland. Grundlage der Entscheidung war der Paragraph 58a des Aufenthaltsgesetzes. Diese bislang kaum angewendete Regelung erlaubt eine Abschiebung auf Grundlage einer auf "Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr".

Das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main entschied dagegen im Juli, daß ein terrorverdächtiger Tunesier nicht abgeschoben werden darf. Der Mann war bei einer Razzia in der radikalen Moslemszene festgenommen worden und steht sogar im Verdacht, im Auftrag des Islamischen Staates einen Anschlag in Deutschland vorbereitet zu haben.

Das Gericht begründete seine Entscheidung mit Zweifeln, ob den Tunesier in seinem Heimatland ein hinreichender Schutz vor der Todesstrafe erwarte. Diese Entscheidung dürfte nicht nur für Tunesien Bedeutung haben, sondern vermutlich auch im Hinblick auf viele andere Herkunftsländer von radikalen Moslems. Verschärfend kommt hinzu, daß das Potential von

gewaltbereiten Dschihadisten in ganz Europa inzwischen riesige Ausmaße angenommen hat. Der Antiterror Koordinator der EU, Gilles de Kerchove, sprach gegenüber der spanischen Tageszeitung "El Mundo" unlängst davon, in Europa lebten mittlerweile mehr als 50.000 Dschihadisten.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 19. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Merkels Monumentum Ancyranum

Der römische Kaiser Augustus schrieb nach fast 40 Jahren in seinem Rechenschaftsbericht Monumentum Ancyranum: Ich habe ein rotes Rom übernommen und ein weißes hinterlassen. Marmor statt Ziegel eben!! Zwölf Jahre Merkel? Zwölf Jahre auf die Zwölf: Sie hat Deutschland übernommen und Germoney daraus gemacht.

Merkels "Monumentum Ancyranum": Sie hat Deutschlands Grenzen abgeschafft. Jeder darf rein, keiner muß mehr raus. Allein in den letzten zwei Jahren kamen 1,5 Millionen zu Fuß. Die nächsten "bis zu" 1,5 Millionen wurden gerade mit Macrönchen ganz süß eingeladen. Demnächst erst mal 3 Millionen von Erdowahn. Dann Afrika! In Libyen haben schon 3,5 Millionen die Reisetickets bezahlt. Sind ja erst 10 Millionen insgesamt da in Germoney ...

Paßt doch alles, "Bio-Deutsche" sind eh nur jene, die schon länger hier leben. Und die haben nicht mal eine "spezifische Kultur", keine eigene Identität. Merkels türkische Staatssekretärin Özoguz hat's geprüft!! Eine GRÜNE Vizepräsidentin des Bundestages "weiß" sogar, daß "Schweine-Deutschland" nach dem Krieg von Türken wieder aufgebaut wurde, nicht von Trümmerfrauen und Kriegsheimkehrern.

Merkels Bilanz ansonsten: Die Kriminalität stieg allein in den letzten beiden Jahren um 54,8 bis 76,3 Prozent. Die Hauseinbrüche sind in den letzten zehn Jahren von 108.000 auf 151.000 explodiert. In deutschen Gefängnissen wird längst über 50 Prozent türkisch, kurdisch, arabisch, afghanisch, irakisch gesprochen.

Aber Merkel hat (dank SPD-Schröder) die Arbeitslosigkeit auf 3,9 Prozent halbiert. Und Merkel haben es über 350.000 zu danken, daß sie sogar zwei bis drei Jobs haben. Reicht zwar trotzdem oft nicht für die Miete, aber Deutschland hat keine Armut mehr. Nur ein paar Tausend Rentner, die Mülltonnen nach Essen durchwühlen oder Pfandflaschen sammeln. Irgendwoher muß die "Kanzlerin" ja die 30 Milliarden für ihre südländischen Dauer-Gäste hernehmen.

Jedenfalls hat Deutschland endlich wieder ein freundliches Gesicht, in dem Merkel mit rund 25.000 Euro monatlich "leben kann". Daß England und Amerika wieder Angst vor Deutschland haben, diesmal vor dem teutonischen Tugend-Terror, liegt nur an Brexäcken und alten, weißen Männern. Gut, daß es bald keine Deutschen mehr gibt. Dann klappt's auch wieder mit den Nachbarn ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 22. September 2017: >>Flüchtlingskrise 2015 Gutachten sieht unklare Rechtsgrundlage für Grenzöffnung

Von Robin Alexander

Geschah die Grenzöffnung ohne rechtliche Grundlage?

Im September 2015 entschied Angela Merkel, die Grenzen nach Deutschland zu öffnen. Ein Gutachten der wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zweifelt nun die rechtliche Grundlage für diesen Schritt an.

Bis jetzt ist die Rechtsgrundlage, auf der die Einreise von Asylsuchenden im Herbst 2015 genehmigt wurde, nicht geklärt.

- Das haben Juristen der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages festgestellt.

- Eigentlich hätten die aus dem sicheren Drittstaat Österreich kommenden Flüchtlinge abgewiesen werden müssen.

Warum das wichtig ist:

Das Gutachten ist brisant, weil FDP und AfD angekündigt haben, nach einem möglichen Ein-

zug in den Bundestag einen Untersuchungsausschuß zur Flüchtlingspolitik Merkels einzusetzen.

Wenige Tage vor der Bundestagswahl sorgt ein Gutachten zur Flüchtlingskrise für Aufregung. Ausgerechnet die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages stellen darin die Frage, ob das Parlament im Herbst 2015 nicht über den Massenzug hätte abstimmen müssen. Die Juristen des Parlaments stellen fest, daß die Bundesregierung bis heute nicht erklärt hat, auf welcher Rechtsgrundlage sie damals entschied. Das Gutachten liegt der WELT vor.

Unter Verweis auf "Wesentlichkeitslehre" und das "Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip" sei der Gesetzgeber verpflichtet, "in grundlegenden normativen Bereichen ... alle wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen", argumentieren die Juristen. Die Frage, ob die Massenaufnahme der Flüchtlinge eine "wesentliche" Entscheidung war, beantworten die zur strikten Neutralität verpflichteten Wissenschaftler nicht explizit.

Statt dessen verweisen sie auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Familiennachzug: Demnach "... obliegt es der Entscheidung der Legislative ... ob und bei welchem Anteil Nichtdeutscher an der Gesamtbevölkerung die Zuwanderung von Ausländern ins Bundesgebiet begrenzt wird". Also hätte das Parlament sehr wohl entscheiden müssen.

Lesen Sie hier Details aus dem Gutachten

Dies aber ist nie geschehen. Tatsächlich war die als "Grenzöffnung" empfundene Massenaufnahme von Flüchtlingen am 4. September 2015 von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nur nach Rücksprache mit einzelnen Ministern erfolgt. Auch nachträglich stimmte das Parlament nie darüber ab.

Das Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste führt weiter aus, daß die Bundesregierung bisher keine Angaben über die rechtliche Grundlage ihrer Entscheidung gemacht habe. Eigentlich hätten die aus dem sicheren Drittstaat Österreich kommenden Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen werden müssen.

Eine Ausnahme von dieser "Pflicht zur Einreiseverweigerung" sei bei "Vorliegen einer entsprechenden Anordnung des Bundesministeriums des Inneren" möglich. Eine solche Anordnung gab es jedoch nicht. Auch das sogenannte Selbsteintrittsrecht, mit dem Deutschland Asylbewerber aufnehmen kann, die eigentlich in anderen Ländern bleiben müssen, ist nie von der Bundesregierung offiziell in Anspruch genommen worden.

Das Gutachten ist brisant, weil sowohl die FDP als auch die AfD angekündigt haben, nach einem möglichen Einzug in den Bundestag einen Untersuchungsausschuß zur Flüchtlingspolitik Merkels einzusetzen.

Doch auch die Linke dringt auf Aufklärung. Die Abgeordnete Sevim Dagdelen, auf deren Auftrag das Gutachten zurückgeht, kommentiert: "Die Kanzlerin sollte aus Respekt vor dem Bundestag dazu Stellung nehmen." Es sei richtig gewesen, 2015 "Menschen zu helfen". Das Gutachten zeige aber, wie bedenkenlos Merkel und ihr Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) damals vorgegangen seien und so am Ende die AfD gestärkt hätten. "Leider haben sie weder den Bundestag noch die Nachbarländer in den Entscheidungsprozeß einbezogen."

BAMF hat Probleme bei Kontrolle von 85.000 Asylanträgen

Die groß angekündigte Überprüfung Tausender Flüchtlinge, die sich möglicherweise ihren Aufenthalt erschlichen haben, entpuppt sich nach einem "Spiegel"-Bericht als Reinfluss. Probleme gibt es bei rund 85.000 Asylanträgen.<<

Die schweizerische Tageszeitung "Tagblatt" berichtete am 30. September 2017: >>**Thilo Sarrazin: "Merkel hat nichts verstanden"**

Thilo Sarrazin gehört zu den umstrittensten Figuren Deutschlands. Der Ökonom erklärt, warum selbst in linken Städten 10 Prozent AfD wählen und warum er in Berlin nachts nicht mehr U-Bahn fährt.

Interview: Jürg Ackermann

Jürg Ackermann: Thilo Sarrazin, Sie sind seit 44 Jahren SPD-Mitglied. Haben Sie Ihre Partei gewählt oder die AfD?

Thilo Sarrazin: Die Wahl ist geheim. Daran halte ich mich aus Prinzip.

Jürg Ackermann: Wenn Sie uns nicht sagen, wen Sie bevorzugen: Was ist Ihre wichtigste Erkenntnis aus den Wahlen?

Thilo Sarrazin: Deutschland war bisher das einzige Land in Europa, das keine nationalkonservative oder rechtspopulistische Partei hatte. Diese Sonderstellung ist jetzt Geschichte. Die AfD ist überall: Selbst in links regierten Städten wie Hamburg, Bremen und Berlin hat sie zwischen 8 und 12 Prozent der Stimmen erhalten. Und in Bayern und vor allem im Osten ist sie noch stärker. Die AfD ist gekommen, um zu bleiben.

Jürg Ackermann: Was macht Sie so sicher? Seit Sonntag ist kein Tag vergangen, an dem es bei der AfD nicht gekracht hätte.

Thilo Sarrazin: In neuen Parteien tummeln sich Chaoten und Egozentriker. Das ist normal. Auch die Grünen haben solche Phasen durchlebt. Frau Petrys Auftritt am Montag und ihr späterer Parteiaustritt sprechen Bände. In allen etablierten Parteien wäre das so nicht möglich gewesen, weil es nicht den Regeln des sozialen Umgangs entspricht. Ich bin gespannt, wie die AfD künftig mit den rechtsextremen Tendenzen umgeht, welche Elemente sie wieder abstößt. Aber das interessiert die AfD-Wähler nur begrenzt.

Jürg Ackermann: Warum?

Thilo Sarrazin: Viele haben nicht darum AfD gewählt, weil sie das Programm der Partei in allen Belangen gut finden, sondern weil sie mit den Antworten nicht zufrieden sind, die die etablierten Parteien auf drängende Probleme geben.

Jürg Ackermann: Überschüsse beim Staat, steigende Einkommen, kaum Arbeitslosigkeit. Deutschland geht es so gut wie nie zuvor. Warum wählen trotzdem viele eine Protestpartei wie die AfD?

Thilo Sarrazin: Das ist überhaupt kein Widerspruch. Natürlich stimmt es, daß es den meisten wirtschaftlich gut geht, daß selbst Hartz-IV-Empfänger vernünftig leben können, aber die Einwanderung oder die steigende Kriminalität sehen sie trotzdem. Deutschland marschiert zwar an der Spitze des technischen Fortschritts mit, wir wissen aber nicht, ob das immer so weitergeht und ob der Wohlstand nicht doch eines Tages gefährdet ist. Und dann gab es vor der Wahl verschiedene Übergriffe und Vergewaltigungen durch Flüchtlinge. Das schafft ein Gefühl der Verunsicherung.

Jürg Ackermann: Damit wären wir bei Ihrem Lieblingsthema, der Zuwanderung, die für alles Schlechte in Deutschland verantwortlich sein soll. Das ist eine sehr einfache These.

Thilo Sarrazin: Nein, Sie müssen die Fakten sehen. Bald schon wird Deutschland jährlich 50 Milliarden für Flüchtlinge und ihren Familiennachzug ausgeben. Der kleine Mann weiß: Diese Gelder müssen irgendwo herkommen. Er hat Angst, daß das den Staat ärmer macht und daß das eines Tages auch ihn betreffen wird, weil sein Lebensstandard zumindest teilweise von staatlichen Leistungen abhängt. Dazu kommt die verstärkte Konkurrenz am unteren Ende des Arbeitsmarkts. Zudem sind die 1,5 Millionen Menschen, die seit 2015 zu uns kamen, zumeist Moslems. Sie sind oft schlecht ausgebildet und vor allem junge Männer um die 20. Im Berliner Jugendknast sind mittlerweile 80 Prozent der Essensausgaben halal, also moslemisch. Das sagt alles über die relative Kriminalitätsverteilung.

Jürg Ackermann: Aber es ist doch absurd, daß die AfD in Bundesländern wie Sachsen am stärksten ist, wo es mit einem Anteil von 4 Prozent kaum Ausländer gibt.

Thilo Sarrazin: Diese Frage geht von einem falschen Ansatz aus. Nehmen wir Sachsen. Ich war vor der Wahl ein paar Mal dort. Es gab auch dort in den letzten Monaten mehr Einbrüche und Vergewaltigungen. Das wirkt besonders bedrohlich, wenn man es vorher so nicht kannte. Und dann gibt es auch die Leute, die nach Berlin fahren und sich sagen, ich will nicht, daß es

bei uns jemals solche Zustände gibt.

Jürg Ackermann: Sie wohnen selber in Berlin.

Thilo Sarrazin: Ich persönlich fahre nachts nicht mehr mit der U-Bahn, auch tagsüber meide ich in Berlin gewisse Strecken. Das hat mir die Polizei so geraten. Und das läuft neben der Angst vor Attentaten. Da muß man sich nicht wundern, daß die SPD am Sonntag das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit einfuhr und die CDU derart viele Wählerprozente verlor.

Jürg Ackermann: Die CDU wird an der Macht bleiben. Was erwarten Sie von der wahrscheinlichen Jamaika-Koalition?

Thilo Sarrazin: Der Erfolg der AfD wird im Parteienspektrum auch langfristige Folgen haben. Die rechte Mitte mit CDU und FDP hat ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit verloren, wenn sich die AfD um die 15 Prozent einpendelt. Was das heißt, werden wir bald sehen. Merkel muß zusammen mit den Grünen eine Regierung bilden, die bei Einwanderungsfragen viel weiter links steht als die SPD. Und diese Position muß sie mit der CSU in Einklang bringen, die eine Obergrenze für Einwanderer fordert. Ein schwieriges, ein sehr schwieriges Unterfangen. Weil niemand Neuwahlen will, wird man sich aber wohl trotzdem dazu durchringen.

Jürg Ackermann: Sie sagen, kein Kanzler hinterlasse ein so verheerenderes Erbe wie Merkel. Sie übertreiben maßlos.

Thilo Sarrazin: Nein. Merkel sagt, daß sie nicht erkennen könne, was sie falsch gemacht habe. Sie will nicht verstehen, daß weder der Nahverkehr noch die Digitalisierung die Menschen in erster Linie beschäftigt. Dafür sind die Landkreise oder der Weltmarkt und die Wissenschaft zuständig. Merkel tut so, als ob sie nicht verstanden hätte, was zu den Kernzuständigkeiten einer Zentralregierung gehört. Nämlich darüber zu entscheiden, wer ins Land kommen darf und wer sich hier aufhalten kann. Merkel hat nicht die Deutschen oder das deutsche Volk im Blick, sie verfolgt einen internationalistischen und universalistischen Politikansatz. Das kann man gut oder schlecht finden. Aber viele finden das nicht gut.

Jürg Ackermann: 87 Prozent der Menschen in Deutschland haben nicht AfD gewählt. Diese extremen Positionen sind doch niemals mehrheitsfähig.

Thilo Sarrazin: Man kann sich die Dinge immer schönreden. Die Wahlanalysen haben gezeigt, daß 50 Prozent der Bürger die Themen für wichtig halten, welche die AfD nach vorne stellt. Ich gehe davon aus, daß das Wählerpotential der AfD, wenn sie keine rechtsradikalen Elemente hätte, bei bis zu 30 Prozent liegt, ähnlich der SVP in der Schweiz, dem Front National in Frankreich oder der norwegischen Fortschrittspartei. Jetzt kann man wie Merkel sagen, das macht doch nichts. Wir sind die Mehrheit und regieren weiter, als wäre nichts passiert. Ich finde das jedoch verheerend. Die SPD hat erkannt, daß ihr damit der Untergang droht. Darum geht sie in die Opposition.

Jürg Ackermann: Aber nochmals: Vielen Deutschen ist es noch nie so gut gegangen wie jetzt - auch dank Merkel.

Thilo Sarrazin: Deutschland hat in der Wirtschaft keine wirklichen Probleme. Das ist in der Tat positiv. Das sollte der Regierung die Zeit und die Kraft geben, sich wichtigen Dingen zu widmen wie etwa der Demographie, der Art der Einwanderung, der kulturellen Überfremdung. Was sollen wir mit Einwanderern tun, wenn sie hier sind? Wie geht es weiter mit Afrika? Damit müßte sie sich befassen, doch Angela Merkel flüchtet sich in ideologische Leerformeln.

Jürg Ackermann: Sie schreiben, Europa schaffe es nicht, seine Außengrenzen zu schützen. Die Zahl der Flüchtlinge ist durch das Eingreifen Italiens im Sommer jedoch stark zurückgegangen. Offenbar kann es Europa doch.

Thilo Sarrazin: Italien hat die Warlords in Libyen bestochen. Europa hat auch gar keine Alternative dazu, weil sich die Bevölkerungsgewichte massiv verschieben werden. In Afrika

und in den islamischen Ländern Asiens wächst die Bevölkerung wegen des starken Geburtenüberschusses jede Woche um eine Million Menschen. Zum Vergleich: In Europa gibt es jedes Jahr fünf Millionen Geburten. Diese Zahlen zeigen, daß eine Einwanderungsrate, die arme Länder im Süden wirksam entlastet, für uns gar nicht verkraftbar wäre. Darum ist es so wichtig, daß wir die Einwanderung kontrollieren.

Jürg Ackermann: Europa schrumpft, weil die Geburtenraten nicht hoch genug sind. Wir sind auf Einwanderung angewiesen.

Thilo Sarrazin: Nur eine Einwanderung von Qualifizierten, die wir selber steuern, leistet einen wirtschaftlichen Lösungsbeitrag. So wie das Länder wie Singapur, Australien oder Kanada tun. Viele Studien zeigen, daß fast alle Afrikaner, die nach Europa kommen, auch hier bleiben, weil es keine Rückführungsabkommen gibt, die funktionieren. Staaten wie Nigeria oder Eritrea sind auf Devisen aus Europa angewiesen. Darum schicken sie junge Männer hierher.

Jürg Ackermann: Nach Deutschland wandern aber kaum Afrikaner ein, sondern Menschen aus Syrien oder Afghanistan, die vor einem Krieg flüchten.

Thilo Sarrazin: Das wissen wir überhaupt nicht. Viele Einwanderer kamen ohne Pässe. Das waren längst nicht alles Syrer, sondern auch viele Nordafrikaner. Eine zuverlässige Identifizierung ist oft nicht möglich. Zudem sind nicht alle Syrer oder Afghanen Flüchtlinge, es gibt auch dort Gebiete ohne Krieg - und fast immer kommen sie aus sicheren Herkunftsländern wie der Türkei oder Jordanien. Bei über 90 Prozent besteht das Wandermotiv in den besseren Lebensverhältnissen.

Jürg Ackermann: Wollen Sie Länder wie Jordanien oder Türkei mit dem Flüchtlingsproblem allein lassen?

Thilo Sarrazin: Natürlich müssen wir helfen. Dafür haben wir auch die UNHCR, die Flüchtlingsorganisation der UNO, die solche Lager betreut. Wir müssen dafür sorgen, daß es hier genug Geld gibt.

Jürg Ackermann: Würden Sie als junger Eritreer oder Nigerianer auch so denken?

Thilo Sarrazin: Ich verstehe jeden Flüchtling, jeden individuellen Grund für Flucht: Wenn junge Menschen in einem Staat ohne Perspektiven leben und von einem Land hören, in dem aus ihrer Sicht Milch und Honig fließt. Das können wir ihnen doch auch überhaupt nicht vorwerfen. Wir können nur uns vorwerfen, daß wir diese Leute anlocken und damit die Probleme nicht lösen, die in den Herkunftsländern gelöst werden müßten. Wenn sich in einem Land etwas zum Besseren ändern soll, dann dürfen diejenigen, die das wollen, es nicht verlassen.

Jürg Ackermann: Sie sagen, die schwarzafrikanischen Länder seien selber schuld, daß es so schlecht läuft. Aber sie haben mit ihrer Kolonial-Vergangenheit und der vom Westen dominierten, globalisierten Ökonomie die viel schlechteren Startbedingungen.

Thilo Sarrazin: Die Schweiz, Deutschland oder Schweden sind darum reich, weil die Menschen dort die Länder dazu gemacht haben. Weshalb gibt es in Afrika keine Textilindustrie, keinen leichten Maschinenbau, kaum Weiterverarbeitung bei Nahrungsmitteln? Wenn die Menschen gebildet sind, die Regierung nicht korrupt ist und ein gewisser Fleiß herrscht, kann jedes Land in Afrika irgendwann in europäische Verhältnisse aufsteigen. Aber das hören viele nicht gerne. Heute ist Afrika überhaupt nicht eingebunden in die internationale Arbeitsteilung, in die Wertschöpfung. Wenn der Kontinent auf den Mond verschoben würde, würde es in der Weltwirtschaft gar nicht weiter auffallen. Und genau darum braucht es die jungen Afrikaner, die zu uns kommen, vor Ort.

Jürg Ackermann: Neben Afrika sprechen Sie auch den südeuropäischen Ländern die Fähigkeit ab, auf den Märkten wirklich konkurrenzfähig zu sein.

Thilo Sarrazin: Das ist in erster Linie das Problem mit dem Euro. Frankreich und Italien haben

gewaltig Marktanteile verloren und Wachstumsverluste erlitten, weil sie seit der Einführung des Euro ihre Währung nicht mehr abwerten können. Emmanuel Macron versucht jetzt in Frankreich Dinge zu ändern, da kann man ihm nur das Beste wünschen. Gleichzeitig will er, wie diese Woche verkündet, die Transfermechanismen für einen gemeinsamen europäischen Haushalt ändern. Zusätzliche finanzielle Mittel sollen von Deutschland und Nordeuropa nach Süden fließen. Das ist Wasser auf die Mühlen der AfD. Und dürfte Merkel noch viele Probleme bereiten.

Jürg Ackermann: Was sagen Sie zur Idee von Jean-Claude Juncker, den Euro in möglichst allen EU-Staaten einzuführen?

Thilo Sarrazin: Das ist eine Frage der politischen Entscheidungen in den einzelnen Ländern. Aber ich bin mir sicher, viele werden Junckers Wunsch nicht erfüllen. Die Dänen geben ihre Währung nicht auf, ebenso wenig die Schweden. Sie sind mit ihrer Krone gut gefahren. Und in Ungarn, Tschechien und Polen müßten sich die politischen Machtverhältnisse ändern, was im Moment kaum denkbar ist, damit diese Idee eine Chance hätte. Dazu würde ich ihnen auch gar nicht raten. Diese Länder brauchen den Euro nicht. Die unterschiedlichen Währungen sind überhaupt kein Hindernis für einen dynamischen Austausch von Waren.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. Oktober 2017: >>**Dreiste Moggelpackung**

Die Unverfrorenheit, mit der die Kanzlerin und vor allem CSU-Chef Horst Seehofer die Wähler mit ihrem faulen Kompromiß zur angeblichen "Obergrenze" für die Aufnahme sogenannter "Flüchtlinge" für dumm verkaufen wollen, sucht ihresgleichen. Schon der Begriff ist ein Etikettenschwindel. Ginge es nur um tatsächlich Verfolgte und Asylberechtigte, bräuchte man gar nicht darüber zu reden: Das betraf im vergangenen Jahr keine tausend von den Hunderttausenden, die über die Grenzen geströmt sind.

Es geht also um irreführend als "Flüchtlinge" deklarierte illegale Einwanderer. Mit allerlei Rechenricks - Abgeschobene, freiwillig Ausreisende, in der EU Umverteilte und Antragsteller aus zurückliegenden Jahren sollen herausfallen - will man suggerieren, ihre Zahl solle zweihunderttausend im Jahr nicht überschreiten. Nur damit Horst Seehofer diese willkürlich aus der Luft gegriffene Marke zu Hause als Erfolg verkaufen kann.

Selbst das würde bedeuten, daß Jahr für Jahr die Einwohnerzahl einer Großstadt wie Kassel oder Rostock in die Sozialsysteme einwandern würde - mehr als viermal so viele wie die USA aufzunehmen gedenken, für die die jährliche Festsetzung von Obergrenzen nach dem Maß des Verkraftbaren offenbar kein Problem darstellt.

Aber dabei wird es nicht bleiben. Zahlreiche Migrantenströme sind in der Rechnung gar nicht enthalten: die hunderttausendfache EU-Binnenwanderung aus Rumänien und Bulgarien etwa oder die großzügig verteilten Visa für Einwanderer vom Westbalkan, die den massenhaften Asylmißbrauch eindämmen sollten - Zehntausende sind seit Jahresbeginn allein auf diesem Weg gekommen.

Die Obergrenze wird zur Farce

Zudem ist der Formelkompromiß der Unionsparteien nur eine unverbindliche Absichtserklärung. "Wir wollen erreichen", heißt es in der zentralen Passage; da ist das Verfallsdatum zu Beginn der Koalitionsverhandlungen mit den Grünen schon eingepreist. Und jenseits aller Rechenkunststückchen wird nach wie vor niemand an der Grenze abgewiesen. Wer sie überschreitet und "Asyl" sagt, bekommt ein Verfahren, mit dem er sich den Aufenthalt ersitzen kann.

Ohne wirksame Schließung der Grenzen ist jede vorgebliche "Begrenzung" eine Farce. Wie gehabt, will man sich von anderen abhängig machen: von europäischer Grenzsicherung, von nebulöser "Bekämpfung von Fluchtursachen" in den Herkunftsländern oder von fragwürdigen Abkommen wie dem Türkei-Deal. Das CDU/CSU-"Regelwerk zur Migration" ist somit ein

Schönwetterpapier, das spätestens dann zur Makulatur wird, wenn die nächste Einwanderungswelle vor der Tür steht. Sollte das "wider Erwarten" eintreten, werden Bundesregierung und Bundestag eben "geeignete Anpassungen" beschließen.

Im Klartext: Die genannte Phantasiezahl gilt so lange, bis sie erreicht wird. Einen Plan für den Ernstfall will man heute wie damals nicht; das Unionspapier ist ein Dokument fortgesetzter Realitätsverweigerung und Lernresistenz. Was noch schwerer wiegt ist die Arroganz, mit der sich zwei Parteichefs anmaßen, durch einen einsamen Beschluß mal eben bestehendes Verfassungs- und Europarecht zum Asylverfahren zu entsorgen. Nach dem geltenden, von der Regierung Merkel schlicht nicht mehr angewendeten Artikel 16a des Grundgesetzes gilt für illegale Einwanderer, die als "Asylbewerber" über sichere Drittstaaten kommen, nämlich "Obergrenze null". Seehofer und Merkel machen daraus per Federstrich "200.000 plus X".

Ihr Kompromiß bedeutet de facto die Legalisierung illegaler Einwanderung über Pseudokontingente. Und nebenbei erledigen sie auch noch das Dublin-System und das europäische Asylrecht, das sie für reformbedürftig erklären. Wie Hohn muß auf rechtstreue Bürger die Ankündigung wirken, man wolle die "Anstrengungen verstärken", um "vollziehbar Ausreisepflichtige schnellstmöglich zurückzuführen". Obwohl die Zahl der abgelehnten Asylanträge in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen ist, stagniert die Zahl der Abschiebungen und dürfte in diesem Jahr sogar zurückgehen.

Einige Bundesländer begehen massiven Rechtsbruch

Faktisch finden Abschiebungen kaum noch statt und werden in einigen Bundesländern wie Berlin oder Thüringen offen sabotiert. Zu diesem staatlich geförderten Rechtsbruch fällt den Unionsparteien nichts ein. Und wenn doch, änderte dies nach dem faulen Kompromiß doch nichts an der Überlastung von Staat und Sozialkassen: Denn aufgrund des kuriosen Aufrechnungssystems, das CDU und CSU sich ausgedacht haben, dürfte für jeden abgeschobenen Illegalen ein anderer nachkommen.

Die Ankündigungen, grenznahe Asylzentren einzurichten und die Zahl der sicheren Herkunftsländer auszuweiten, sind durchschaubar lediglich Verhandlungsmasse für die Koalitionsgespräche mit den Grünen, die diese Forderungen strikt ablehnen. Für die FDP ist als Köder eine schwammige Formulierung zur "Fachkräfte"-Zuwanderung gedacht. Auch das ist entweder sinnlos oder eine weitere Hintertür, solange die massive illegale Einwanderung über den Asylmißbrauch nicht abgestellt wird.

Was CDU und CSU da ausgeheckt haben, taugt allenfalls als Einladungsschreiben zu "Jamaika"-Koalitionsverhandlungen, die Angela Merkel noch einmal die Kanzlerschaft retten sollen, löst aber kein einziges Problem. Spätestens wenn die Migrationsströme im nächsten Frühjahr wieder anschwellen, kann Horst Seehofer schon mal überlegen, ob er die "Obergrenze" für das CSU-Ergebnis bei der nächsten bayerischen Landtagswahl von 40 Prozent minus X auf 30 Prozent minus X herabsetzen will.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Deutschen Großstädten droht Bevölkerungsexplosion**

Als Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung, an der auch der Scheinkompromiß zwischen CDU und CSU mit einem völlig unverbindlichen "Kontingent" von 200.000 sogenannten Flüchtlingen jährlich nichts ändert, droht die Bevölkerung in den deutschen Ballungsgebieten regelrecht zu explodieren!

Davor warnt das Kölner "Institut der Deutschen Wirtschaft" (IW). Es geht davon aus, daß Großstädte, die bereits jetzt Migrantenanteile von 30 bis 40 Prozent in manchen Bezirken haben, mit einem weiterhin massiven Bevölkerungsanstieg rechnen müssen. Die Entwicklung werde sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch beschleunigen.

Allein für die Multikulti-Hauptstadt Berlin sagt das Kölner Institut einen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 14,5 Prozent bis 2035 voraus.

Die bayrische Landeshauptstadt München muß demnach mit einem Bevölkerungsanstieg von etwa 14,4 Prozent bis zum Jahr 2035 rechnen. In Hamburg dürfte der Zuwachs bei etwa 9 Prozent liegen. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die biodeutsche Bevölkerung, wie jetzt schon in manchen Stadtteilen Berlins, in die Minderzahl gerät.

Neben der anhaltenden Masseneinwanderung aus arabischen und afrikanischen Staaten in unsere Sozialsysteme - Experten erwarten mittelfristig bis zu weitere sechs Millionen "Flüchtlinge" allein aus Afrika - tragen vor allem die hohen Geburtenraten in Migrantenfamilien zum schleichenden Bevölkerungsaustausch bei - dies ganz im Sinne linksgrüner "Umvölker" und ihrer CDU-Erfüllungsgehilfin im Kanzleramt.

Strategiepapier zur Abschaffung Deutschlands

Die Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft fordert unumwunden ein "Leitfaden" der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Das unter dem Vorsitz von Aydan Özoguz (SPD), der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, erstellte Papier sieht in der Einwanderung einen quasi schicksalsartigen "Prozeß".

Der Begriff der "deutschen Leitkultur" sollte durch ein schwammiges "Leitbild" ersetzt werden, schlagen die Autoren vor.

Für Unternehmen, Behörden und andere Institutionen sollen Migranten-Quoten eingeführt werden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Wie die Amtskirche vor dem Islam zu Kreuze kriecht**

"In dieser Nacht, noch ehe der Hahn kräht, wirst du mich dreimal verleugnen." - Matthäus 26, Verleugnung des Petrus

Es gibt Fotos, bei denen muß der Betrachter dreimal hinschauen, um die ihnen innewohnende Ungeheuerlichkeit zu erfassen. Und selbst dann noch will man die geradezu perverse Dimension des Gesehenen nicht glauben. So ein Foto entstand vor einem Jahr bei einer Pilgerreise evangelischer und katholischer Bischöfe durch das Heilige Land. Es zeigt die obersten Repräsentanten der beiden deutschen Amtskirchen vor dem Felsendom in Jerusalem: den Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz; den bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Beide Bischöfe tragen Kleidung, die sie als Männer des Glaubens ausweisen. Das Bemerkenswerte an dem Foto ist allerdings das, was man nicht sieht:

Das Kreuz, das die höchsten deutschen Kirchenvertreter sonst um den Hals tragen, fehlt.

Sie haben es sich in einem Akt der Unterwerfung vom Leib gerissen. Denn in der Bildmitte gibt es einen dritten Herrn: Scheich Omar Awadallah Kiswani. Die muslimischen Autoritäten hatten die deutschen Würdenträger gebeten, das Symbol ihres Glaubens abzulegen, um die religiösen Gefühle des Scheichs nicht zu verletzen. Einer Aufforderung, der die beiden christlichen Würdenträger eilfertig und devot nachkamen. Wochenlang machten danach Gläubige ihrer Empörung, ihrem Entsetzen, im Internet Luft.

Ein Jahr später folgte ein weiterer tiefer Bückling vor dem Islam:

Beim ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit im Mainzer Dom führte eine Muslima den Ein- und Auszug der Gläubigen beider christlichen Kirchen an. Während des Gottesdienstes im Angesicht des gekreuzigten Jesus Christus durfte sie "die Barmherzigkeit und die allumfassende Liebe Allahs zu uns Menschen" preisen. Kein Wort darüber, daß im Namen Allahs hunderttausende Christen in islamischen Ländern blutig verfolgt und ihre Gotteshäuser niedergebrannt werden; daß der Terror im Namen Allahs ("Allahu Akbar") jedes Jahr in Europa die Menschen in Angst und Schrecken versetzt.

Es sind dies zwei Beispiele von vielen, die in erschreckender Weise davon Zeugnis ablegen,

wie die deutschen Amtskirchen vor dem Islam im wahrsten Sinne des Wortes zu Kreuze kriechen. Lebte Peter Scholl-Latour noch, er würde sich auf tragische Weise bestätigt sehen: "Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt."

Keiner wirft sich dabei so tief in den Staub wie die beiden Gutmenschen Marx und Bedford-Strohm. Statt sich zu fragen, warum ihre Gotteshäuser oft gähnend leer sind, scheint den beiden Kirchenfürsten offenbar mehr daran gelegen, die Moscheen in Deutschland zu füllen. So sprach sich Marx in kaum unterdrückter Vorfreude auf eine Jamaika-Koalition für einen weitreichenden Anspruch auf Familiennachzug aus. Eine "Obergrenze für Flüchtlinge" - so etwas kann sich ohnehin nur der Leibhaftige ausgedacht haben!

Ist der Leibhaftige womöglich in den Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki gefahren? Der mächtige Kölner Kirchenfürst, der einst dem konservativen Flügel der Amtskirche zugerechnet wurde, verstieg sich unlängst zu dem Satz:

"Wer 'Ja' zu Kirchtürmen sagt, der muß auch 'Ja' sagen zum Minarett."

Bedford-Strohm will, daß der Islam "flächendeckend" an öffentlichen Schulen gelehrt wird. Er ist voll der Freude, wenn islamische Funktionäre in evangelischen Gottesdiensten sprechen. Da wundert nicht, daß sich dieser protestantische Amtskirchenfunktionär in ein Gremium zum Bau eines islamischen Zentrums berufen ließ.

Nun ja, hielt doch auch schon dessen Amtsvorgängerin, Margot Käßmann, die Angst vor einer Islamisierung Deutschlands für "Unsinn". Als eine der ersten "Kirchenvertreterinnen" machte sich die evangelische Ex-Bischöfin für eine breite "Willkommenskultur" in Deutschland stark: "Die Kraft ist sicher endlich, aber das Engagement muß es nicht sein. ..."

Blicken wir nach Rom: Franz Josef Strauß hätte den politisierenden Papst-Darsteller Franziskus wohl einen "Herz-Jesu-Marxisten" genannt. Flüchtlingsunterkünfte vergleicht das Oberhaupt der Katholiken mit "Konzentrationslagern". Beim Besuch des deutschen Grüßaugust Frank-Walter Steinmeier vorvergangene Woche im Vatikan äußerte sich Franziskus "besorgt" über die hohe Akzeptanz der AfD in der deutschen Bevölkerung.

Dieser Papst, der Muslimen am Gründonnerstag die Füße wäscht, läßt die schleichende Islamisierung des Abendlandes widerspruchslos geschehen. Er verspielt die Autorität, mit der sich Benedikt XVI. Achtung und Respekt im Islam verschafft hatte.

PS: 2016 hielt die hohe Zahl der Kirchenaustritte weiter an. Mehr als 162.000 deutsche Katholiken kehrten ihrer Kirche den Rücken. Die EKD meldete 190.000 Austritte. Es gibt Zahlen, die kommentieren sich selbst.

Dem Gender-Gaga verfallen

Eigentlich sollte der Fall klar sein: Eine irre Theorie, die den Unterschied zwischen Mann und Frau zum bloßen "gesellschaftlichen Konstrukt" erklärt und von mal 60, mal 4.000 oder sonst wie vielen "Geschlechtern" faselt, die man sich nach Belieben aussuchen können soll, widerspricht dem Naturrecht und der Schöpfungsordnung, man könnte auch sagen: Der Realität. Die christlichen Kirchen sollten daher schon aus ihrem Selbstverständnis entschiedene Gegner von Gender-Gaga und der dahinterstehenden menschenfeindlichen Ideologie sein. Eigentlich. Tatsächlich pfeifen die beiden Amtskirchen auch hier die Zeitgeist-Melodie. Die katholische Deutsche Bischofskonferenz verordnet sich "Geschlechtersensibilität" und verharmlost mit Tagungen und Propagandabroschüren die Gender-Theorie als irgendwas mit Gleichberechtigung. Nur wenige Bischöfe protestieren gegen den Unfug. Und die EKD leistet sich seit etlichen Jahren nicht nur "Frauenquoten", sondern sogar ein ganzes "Studienzentrum für Genderfragen". Der Kirchensteuerzahler hat's ja.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 28. Oktober 2017 (x892/...): >>2048 - wenn Notre-Dame Moschee ist

In diesen Tagen geht eine Meldung durch's Internet, daß ein Priester im einstmals erzkatho-

lischen Wallfahrtsort Werl in Westfalen in einem Supermarkt von Moslems übel beschimpft und angegriffen worden sei. Noch vor sehr kurzer Zeit wäre das eine völlig unvorstellbare Meldung gewesen. Und doch hat Jelena Tschudinowa, eine russische Schriftstellerin, schon 2005 einen Roman geschrieben, der Ereignisse und Entwicklungen dieser Art in eine bedrückende, aber nicht hoffnungslose Zukunftsvision weiterdenkt.

Die Hände halten das Buch, es sinkt langsam, man schaut in die Ferne und denkt: "Wie konnte Jelena Tschudinowa vor bereits zwölf Jahren die kommende Entwicklung so deutlich sehen und schildern?" Das Buch heißt "Die Moschee Notre-Dame, Anno 2048" und ist, das schon vorweg, eine ebenso fesselnde wie nachdenklich machende Lektüre.

Nach den aktuellen Entwicklungen seit 2015, die an dieser Stelle gar nicht mehr benannt werden müssen, ist Tschudinowas dystopische Vision ganz und gar nicht mehr so weit entfernt. Sie erzählt von einem Westeuropa, das vom Islam dominiert wird: Notre-Dame ist Moschee, der Papst hat die Kirche aufgelöst, der Petersdom ist Müllkippe für den Abfall Roms. Die Menschen leben in Ghettos, die von Familienclans beherrscht werden.

Wir wollen diese bedrückende Vision nicht weiter ausführen. Viel interessanter ist der Widerstand, den Tschudinowa in den (wortwörtlich - ein gelungenes Bild!) Katakomben von Paris sich organisieren läßt (es stimmt ja, daß der Pariser Untergrund von Gängen und Höhlen durchlöchert ist wie ein Schweizer Käse). Es sind verschiedenste Gruppen, die den Widerstand bilden, und sie werden in ihren jeweiligen Vertretern durchaus glaubhaft dargestellt.

Eine ganz wesentliche Rolle spielt der Widerstand aus religiösen Gründen. Wie gesagt: die offizielle Kirche ist vom Papst aufgelöst worden. Was noch existiert, sind Gruppen von Gläubigen, die sich um die Priester der von Erzbischof Lefebvre gegründeten Priesterbruderschaft St. Pius X. scharen. Und an diesem Beispiel wird der Scharfblick, wird das sichere Urteil der Autorin besonders deutlich.

Eine der Hauptpersonen des Buches, der junge Eugène-Olivier, trifft als Nichtchrist auf diesen katholischen Widerstand: er trifft auf Pater Lotaire, der noch ein Jahr im Seminar der "Piusbrüder" studieren konnte (bevor die Moslems es plünderten). In diesem Priester begegnet ihm die ganze Tradition nicht "nur" der Kirche, sondern jenes Europas, das von eben dieser Kirche geprägt ist. Warum Gott denn diesen Niedergang zugelassen habe, warum er zugelassen habe, daß Notre-Dame zur Moschee wurde, fragt er ihn an einer Stelle.

Und der Priester antwortet, daß dies sicher die Schuld der Vorfahren sei, weil sie das alles zugelassen haben, weil bereits sie Notre-Dame nicht als das Haus Gottes, sondern lediglich als Architekturdenkmal gesehen hatten. Das wiederum ist ein Bild, das so viel weiter greift als "nur" bis Notre-Dame als Gotteshaus: es ist ein Bild für den Glaubensverlust, der nicht erst in unserer Zeit so erdrutschartig zugenommen hat und letztlich der Grund für die Entwicklung ist. Entsprechend Hartes läßt Tschudinowa über eine bestimmte Art von Priestern des 20. Jahrhunderts sagen:

"Ich denke, sie, diese Priester des 20. Jahrhunderts, schmoren in der Hölle, die sie ebenfalls für eine Metapher hielten. Sie haben den Niedergang der römisch-katholischen Kirche zu verantworten und daß sie schließlich aufgehört hat zu existieren. Ihnen ist der närrische Wahlspruch zu verdanken, daß alle im Recht seien, Sie, und Sie und natürlich auch Sie, jeder auf seine eigene Art und Weise."

Genauso analytisch flicht die Autorin andere Ereignisse in die einzelnen Etappen der Entwicklung ein, die im Roman immer deutlicher wird. Fast schon vergessen ist doch heute z.B. die Rolle, die "der Westen" im Krieg gegen Serbien gespielt hat. Der Verfasser dieser Zeilen wurde bei der Lektüre urplötzlich daran erinnert, daß einer seiner Bekannten wegen seiner wohlbegründeten und auf eigener Anschauung beruhenden pro-serbischen Haltung seine hohe Stellung in der französischen Armee verlor, und ähnlich dürfte es vielen anderen Lesern auch gehen: wie viele von den Ereignissen, die zu der im Buch geschilderten Situation führen

können, hat man doch schon in den Tiefen des Gedächtnisses so entlegen archiviert, daß sie kaum noch präsent sind!

Jelena Tschudinowa ist Russin. Ihre Kenntnis Frankreichs, der französischen Mentalität, ihre Wertung dessen, was im "Westen" geschah und geschieht, ist ganz erstaunlich. Und auch, wenn sie nicht orthodox, sondern katholisch ist, erstaunt ihre Kenntnis über die Lage der Kirche und ihre Kenntnis und ihre daraus erfolgende Einschätzung der "Piusbruderschaft", die in katholischen Kreisen des "Westens" durchaus nicht übermäßig bekannt ist.

Man nimmt das Buch wieder auf, das einem niedergesunken ist, sucht die Stelle, an der man die Lektüre unterbrochen hat und freut sich auf die nächsten Kapitel: es ist nämlich keineswegs so, daß dieses Buch eine intellektualistisch überladene, schwer verdauliche Kost ist. Ganz im Gegenteil! Man ist sofort im Geschehen, gespannt auf das, was kommen wird, man lebt in den Ereignissen, in den Umständen, sieht die Personen vor sich, die geschildert werden, man ist gespannt auf das, was sich entwickeln wird. Und man staunt über die logische Konsequenz der Entwicklung, die - mehr sei nicht verraten - nicht sofort im strahlenden Sieg, aber mit einem großen Zeichen der Hoffnung endet.

Der Renovamen-Verlag, der für die Übersetzung und Veröffentlichung dieses bemerkenswerten Buches gesorgt hat, hat damit für die Erfüllung eines Wunsches des berühmten Schriftstellers Jean Raspail gesorgt. Dieser hatte einmal sinngemäß gesagt, er für seinen Teil glaube an ein Weiterleben unserer Zivilisation, und sei es nur in kleinen, isolierten Reservaten, bis es dann eines Tages zum Aufbruch der Wiedereroberung kommen werde. Es sei aber nicht mehr seine Aufgabe, ein Buch zu schreiben, welches eine solche Situation schildert; das müßten nun andere tun.

Uns will es scheinen, als liege dieses Buch nun vor. Die spannende Lektüre sei unbedingt empfohlen, dem Renovamen-Verlag sei für die Veröffentlichung gedankt und dem Buch, das sich bereits in mehreren Ländern seinen Weg gebahnt und erfreulich durchgesetzt hat, sei eine große, eine sehr große Verbreitung gewünscht.

Jelena Tschudinowa: Die Moschee Notre-Dame. Anno 2048. Renovamen-Verlag Bad Schmiedeberg 2017 ... <<

Die deutsche Politikerin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 2. November 2017 (x355/36): >>... Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht - die wir übrigens dringend brauchen, nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen brauchen, die in unserem Sozialsystem zuhause sind, und die sich hier auch zuhause fühlen können?<<

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 8. November 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Kein Familiennachzug sondern Rückkehr zur Familie**

In Deutschland gibt es eine lebhafte Debatte über den Familiennachzug für temporär aufgenommene Flüchtlinge. Wer könnte nicht verstehen, daß Menschen Sehnsucht nach ihrer Familie haben. Zumal, wenn sie unter teils dramatischen oder schmerzlichen Umständen von ihr getrennt wurden.

Viele der in Deutschland aufgenommenen Bürgerkriegsflüchtlinge wünschen sich, daß ihre Familien hierher nach Deutschland kommen dürfen. So verständlich dieser Wunsch ist, so verkehrt wäre es, dem nachzugeben.

Es ist deutlich erkennbar, daß sowohl im Irak als auch in Syrien weite Teile inzwischen vom Terror befreit worden sind. Der UNHCR hat bereits im Juni registriert, daß immer mehr Syrer in ihre Heimat zurückkehren.

Seit 2015 sind bereits rund 250.000 syrische Flüchtlinge, überwiegend aus der Türkei, nach Syrien zurückgekehrt. Auch eine stattliche Anzahl von Irakern hat den Weg in die Heimat

gefunden.

Die Gefahren für Leib und Leben sind deutlich geringer geworden. Auch die politischen Verfolgungen gibt es offenbar in dem Umfang nicht mehr. Wenn selbst Asylberechtigte gehäuft Urlaub in der Heimat machen und dort sogar ihre Hochzeit feiern, so ist das mehr als ein Indiz dafür, daß auch Bürgerkriegsflüchtlinge gefahrlos in ihre Heimat zurückkehren könnten.

Für die Herkunftsländer ist es elementar, daß die Flüchtlinge weitgehend zurückkommen.

Nur mit deren Hilfe lassen sich zerstörte Länder schnell wieder aufbauen.

Das ist offenbar auch dem Syrischen Präsidenten Assad sehr bewußt. Bereits im Mai rief er seine geflüchteten Landsleute auf, in die Heimat zurückzukehren. "Die Regierung wird ihr Möglichstes tun, um die Heimkehr von Flüchtlingen zu befördern", warb er in einem Interview.

Vor diesem Hintergrund wäre es eine grundfalsche Entscheidung der Bundesregierung, einen Familiennachzug für Bürgerkriegsflüchtlinge einzuleiten. Noch dazu ohne jede rechtliche Verpflichtung. Vielmehr sollte dafür geworben werden, zur Familie in die Heimat zurückzukehren. Das gilt insbesondere für unbegleitete minderjährige Jugendliche. Es macht keinen Sinn, heute die Familien nach Deutschland zu holen und bei einer endgültigen Befriedung der Herkunftsländer diese Familien dann wieder dorthin zurückzuschicken.

Hinzu kommt, daß es in Deutschland einen zunehmend prekären Wohnungsmarkt gibt. Bereits heute erhalten deutsche Wohnungssuchende, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung finanziell nicht leisten können, seitens des geförderten Wohnungsbaus gehäuft eine Absage mit dem Hinweis, daß jede freie Wohnung an Flüchtlinge vergeben wird.

Dem inneren Frieden in Deutschland dient das mit Sicherheit nicht.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 15. November 2017: >>"Die Hälfte Araber und Türken, frech wie Sau!"

Berlin, Hauptstadt des organisierten Verbrechens: Kriminelle Familienclans aus dem Nahen Osten beherrschen ganze Stadtviertel im Westteil. Mehr als ein Dutzend libanesischer Großfamilien sind auf Drogenhandel, Zuhälterei und Eigentumsdelikte spezialisiert. Spektakuläre Kaufhaus-Einbrüche (KaDeWe) und der Goldraub im Bode-Museum gehen auf ihr Konto.

Vor diesem Hintergrund müssen alle Alarmglocken schrillen: Ein Ausbilder der Berliner Polizeiakademie lancierte anonym eine Audiodatei in die Öffentlichkeit. An deren Echtheit besteht kein Zweifel. Der Beamte berichtet über skandalöse Zustände an der Berliner Polizeischule. Er beklagt Haß, Lernverweigerung und Gewalt in einer Klasse, in der viele Polizeischüler mit Migrationshintergrund sitzen. Er schildert Details:

"Ich hab Unterricht gehalten an der Polizeischule. Ich hab noch nie so was erlebt, der Klassenraum sah aus wie Sau, die Hälfte Araber und Türken, frech wie Sau. Dumm. Konnten sich nicht artikulieren."

Der Ausbilder erzählt von deutschen Polizeischülern, denen von Migranten "Schläge angedroht" worden seien. Auch er selbst habe "wirklich Angst vor denen".

Die Anklage des Beamten gipfelt in der Warnung: "Das wird 'ne Zwei-Klassen-Polizei, die korrupt nur sein wird. Das sind keine Kollegen, das ist der Feind. Das ist der Feind in unseren Reihen."

Spinnereien? Hetze gar eines "rechten" Ausbilders? Mitnichten!

Polizeigewerkschafter sind alarmiert. Sie sehen "deutliche Hinweise" auf eine Strategie zur Unterwanderung der Polizei. Arabische Großfamilien versuchen nach Darstellung der Deutschen Polizeigewerkschaft, gezielt Angehörige in die Sicherheitsbehörden einzuschleusen. Der Berliner Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Bodo Pfalzgraf, beschreibt das Vorgehen so: "Sie versuchen bestimmte Familienangehörige von Straftaten frei zu halten, um sie dann im öffentlichen Dienst unterbringen zu können. Die haben natürlich ein ganz vitales Interesse daran, genau zu wissen, wo und wie Staat funktioniert, wie Polizei tickt, wann Durchsuch-

ungen stattfinden."

Der politisch verantwortliche Innensenator Andreas Geisel (SPD) wiegelt ab. In einer Sonder-sitzung des Innenausschusses des Abgeordnetenhauses (Landesparlament) spielte er die Zu-stände bei der Berliner Polizei herunter: Er sei "verwundert über die Resonanz" auf anonyme Mitteilungen über "Migranten in der Polizei". Die Sprachnachricht sei in einem "rassistischen Tonfall" gehalten, sie bediene "fremdenfeindliche Ressentiments". Wenn der anonyme Aus-bilder beklage, daß "diese Polizei" nicht mehr die sei, in die er vor über 30 Jahren eingetreten sei, dann sei das zutreffend, auch Berlin habe sich in diesen Jahrzehnten verändert und "mit der Stadt auch die Polizei."

In der Tat: Inzwischen hat jeder dritte (!) Polizeischüler an der Spree einen sogenannten Mi-grationshintergrund.

Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis arabisch- und türkischstämmige Cops in der Ber-liner Polizei den Ton angeben. Polizei-Präsident Klaus Klandt ist sogar "stolz" auf diese Entwicklung.

Der Skandal an der Berliner Polizeischule ist offenbar aber nur die Spitze eines Eisberges. Die Berliner Polizei hat bereits den nächsten Ärger im Zusammenhang mit einer möglichen Unterwanderung durch kriminelle arabische Clans. Diesmal geht es um Geheimnisverrat einer arabisch-stämmigen Studentin, die als Praktikantin bei der Berliner Polizei unterkam. Sie soll Fahndungsbilder aus dem internen Netzwerk der Ermittler abfotografiert und anschließend per WhatsApp verschickt haben.

Und auch aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen mehren sich Hin-weise auf eine systematische Unterwanderung der Polizei. Dazu muß man wissen: Migranten werden im schwarz-gelben NRW gezielt als Polizisten angeworben, u.a. mit Flyern in fremd-ländischen Sprachen. Auf der Internetseite der ›Deutschen Welle‹ wird zu Bewerbungen regelrecht eingeladen: "In Nordrhein-Westfalen etwa kann man auch dann Beamter werden, wenn man kein EU-Bürger ist - sofern man Türke ist oder einer anderen großen Einwän-derergruppe angehört."

Der Ausbilder einer westfälischen Polizeischule resigniert: "Die Türken gehen hier wie mit Rasierklingen unter den Armen durch die Gänge, sie rempeln absichtlich deutsche Polizei-schüler an und verbreiten eine aggressive Stimmung. Nur intern wird darüber unter vorgehal-tener Hand gesprochen. Niemand will hier auffallen und zwangsversetzt werden."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 22. November 2017: >>>Der Staat verliert die Kontrolle über seine Gewalt

Dimitrios Kisoudis

Der Staat ist Gewaltmonopolist. Recht und Soziales sind nur seine Nebenfunktionen. Deshalb trifft der Polizeiskandal in der Hauptstadt den Staat in seiner Substanz. In ethnisch-religiösen Konflikten droht die staatliche Ordnung zu zerreiben.

Der Staat, wie wir ihn kennen, entsteht nach den Religionskriegen der frühen Neuzeit. Seine Wiege ist der Westfälische Friede von 1648. Die Fürsten der vom Krieg verheerten Länder treffen sich in Münster, um Frieden zu schließen, ihre Völkerrechtler arbeiten die weltliche Ordnung aus. Der Einfluß der Religion auf die Politik wird zurückgedrängt. Ob Krieg oder Frieden, das beeinflussen künftig nicht mehr die Kirchen, sondern das entscheiden die Fürsten.

Die Bürger händigen dem Staat ihre Gewalt aus, dafür verspricht der Staat ihnen Schutz. Er allein hat nun rechtmäßig Gewalt inne, er hat auf sie ein Monopol.

Das Militär und die Polizei sind die wichtigsten Organe des Gewaltmonopolisten. Zwar gehören auch Verwaltung, Gerichte und Parlamente zum modernen Staat, doch ob dieser sein Gewaltmonopol auch geltend machen kann, hängt letztlich an Einrichtungen, die Waffen tragen und Gewalt wortwörtlich ausüben. Militär, das ist Gewalt nach außen. Polizei, Gewalt

nach innen. Beide sichern den Frieden. Erst im 19. Jahrhundert fordert das selbstbewußte Bürgertum, der Staat müsse außerdem Rechtsstaat sein. Die Vorstellung, daß der Staat das soziale Zusammenleben seiner Bürger durch Umverteilung und Rechtsgestaltung zu regulieren habe, kommt erst nach 1949 auf.

Inzwischen haben sich beide Vorstellungen, Rechtsstaat und Sozialstaat, in unseren Köpfen so stark festgesetzt, daß wir vergessen haben: Der Staat ist wesentlich Ordnungsstaat. Wenn Clans, Gangs oder Terrorgruppen neben ihm Gewalt ausüben, dann wird der Staat auch bald die Gerichte, Krankenkassen und auch die Polizei nicht mehr bereitstellen. Der Skandal um die Berliner Polizei zeigt: Wir befinden uns auf dem geraden Weg in solche Zustände. Der Polizeiskandal geht weit über die Dimensionen einer Polizeischule hinaus und sprengt sogar den Rahmen der Hauptstadt. Hier liegt eine Störung vor, die das Gewaltmonopol gleichzeitig in Besitz nimmt und in Frage stellt.

Arabische Clans, die sich über Herkunft und Religion definieren, unterwandern die Polizei, wie der oberste Berliner Polizeigewerkschafter bestätigt hat.

Um manche Söhne in den Polizeidienst einzuschleusen, halten sie diese von Straftaten fern. Gelingt die Unterwanderung, hat das zwei Folgen. Erstens können diese Clans Straftaten ausüben, ohne von der Staatsgewalt verfolgt zu werden, weil ihr Nachwuchs im Polizeidienst die Strafverfolgung behindert oder vereitelt. Zweitens können die Clans, wenn die Unterwanderung erst einmal fortgeschritten ist, selbst Staatsgewalt ausüben - natürlich im Eigeninteresse und nicht zum Schutz des Gemeinwohls.

Ermöglicht wurde diese Zersetzung des Gewaltmonopols durch eine fehlgeleitete Integrationspolitik. Es waren beim Kanzleramt angesiedelte Integrationsbeauftragte, Maria Böhmer und Aydan Özoguz, die forderten, die Polizei müsse mehr Migranten beschäftigen. In Berlin wurde diese Forderung 2010 in ein Gesetz gegossen, das auf den harmlosen Namen "Integrations- und Partizipationsgesetz" hört. Seither hat sich der Anteil muslimischer Migranten in der Polizei verzweifacht.

Diese Entwicklung steht auch anderen Ländern bevor. Baden-Württemberg hat ein solches Gesetz 2015 verabschiedet. Und auf Bundesebene ist ein Integrationsgesetz dieses Jahr in Kraft getreten. Die Polizei wird von den berüchtigten Clans ebenso unterwandert wie die Hells Angels. Wo auch immer Gewalt im Spiel ist, mischen die Clans mit, in der organisierten Kriminalität wie im Staat. Wenn sie gewinnen, dann ist der Staat allerdings kein Staat mehr.

Um diesen Sieg zu verhindern, muß man jede Bevorzugung von Migranten in der Polizeiausbildung stoppen. Zu bezweifeln ist, ob dieses bloße Unterlassen reicht. Womöglich braucht es neue Gesetze, um die Wirkung jener Desintegrationsgesetze ungeschehen zu machen.

Dimitrios Kisoudis war neun Jahre lang als Regisseur und Autor für den Rundfunk tätig. Jetzt arbeitet er als Referent für einen AfD-Bundestagsabgeordneten.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. November 2017: >>**Erinnern unerwünscht**

Da liegen sie, die Gedanken, die Tränen, der Schmerz und die Trauer - zusammengekehrt auf einen Haufen - wie Dreck. Die zwei weißen Kreuze sind schon verschwunden. Ebenso wie die beiden Buchsbäume, die früher die kleine ganz inoffizielle, aber eben um so wahrhaftigere Gedenkstätte für die Ermordeten des Breitscheidplatz flankierten.

Wie praktisch, daß die ewigen Lichter neben einen großen Müllcontainer zusammengefeigt wurden. Als ob er nur darauf wartet sich das Erinnern an die Toten einzuverleiben.

So sieht heute Erinnerungskultur in Deutschland aus - nicht einmal ein Jahr nach dem islamistischen Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt, bei dem zwölf Menschen ihr Leben verloren und 55 verletzt wurden.

Berlins Politik will kein Innehalten

Berlins Verwaltung und Politik wollen, so scheint es, dieses selbstverständliche kurze Inne-

halten nicht. Diese Stille an dem Ort zu Füßen der Gedächtniskirche. Die Betroffenheit der Umstehenden, die oft nur kurz verweilten, um dann mit ernsten Gesichtern weiterzugehen. Und manchmal war auch Wut zu hören - leise zwar, aber vernehmbar.

Vorbei. Nach vorne schauen. Da stören doch nur diese Kerzen, die beiden Kreuze und die Buchsbäume. Man darf auch das Gefahrenpotential, das von ihnen ausgeht, nicht unterschätzen: Besucher und Passanten des Weihnachtsmarktes könnten über dieses Sammelsurium an Trauer stolpern und sich verletzen. Deshalb ist der Vorweihnachtszauber in diesem Jahr auch hinter tonnenschweren Betonpollern zu genießen.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Kraus schrieb am 22. November 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Alle Jahre wieder**

"Alle Jahre wieder kommt das Christuskind" beginnt ein bekanntes Kinder-Weihnachtslied. In den Schulen der DDR wurde es etwas anders gesungen: "Alle Jahre wieder kommt der Weihnachtsmann". In der Sowjetunion wurde Weihnachten ganz abgeschafft und statt dessen das "Tannenfest" eingeführt.

Die DDR erlebt zu haben, führt im aktuellen, bunten und vielfältigen Deutschland zu zahlreichen déjà-vus. Der Schriftsteller Michael Klonovsky formuliert es so: "Ich stamme aus der Zukunft".

So erleben die DDR-Erfahrenen erneut und die Westdeutschen erstmalig, wie eine wild gewordene linke Mafia in Politik und Verwaltung Weihnachten den Kampf ansagt. Da werden aus Weihnachtsmärkten "Lichtermärkte", um die muslimischen "Geflüchteten" nicht zu irritieren, das alles mit passendem dunkelhäutigen Lichterkind statt reaktionärer Christkindfigur.

Eine INSA-Umfrage ergab zwar, daß nur 15 Prozent der Deutschen derlei Kulturrevolution begrüßen, aber was schert das die Bessermenschen in den Kulturämtern der Städte?

Und zu Recht: Wenn die 85 Prozent Normalen nicht endlich aufwachen und sich gegen ihre Umerziehung und Umvolkung wehren, haben die Bösen freie Bahn.

Weihnachten ist eben nicht nur Konsum, sondern auch Besinnung - hoffentlich bald!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>**Raubzüge wie im Mittelalter**

Dr. Malte Kaufmann

Wir kennen die Geschichten von den Raubzügen im Mittelalter. Doch was heute in Deutschland in punkto Einbruchskriminalität passiert, steht dem in nichts nach. Im letzten Jahr wurden sage und schreibe 151.000 Fälle zur Anzeige gebracht. 10 Jahre zuvor waren es noch 106.000, also ein dramatischer Anstieg! Die Aufklärungsquote ist gering, sie liegt bei nur 20 Prozent.

Seit Jahren führt die Politik der offenen Grenzen dazu, daß organisierte Verbrecherbanden in Deutschland reihenweise in Häuser und Wohnungen einsteigen. Jeder, der dies einmal erlebt hat, weiß, daß man ein solches Ereignis ein Leben lang nicht mehr vergißt. Viele Opfer sind regelrecht traumatisiert. Ich selbst habe das als Jugendlicher zweimal erlebt. Damals in den 90er-Jahren waren es rumänische Einbrecherbanden, die sich in den Wäldern versteckten und die Bevölkerung terrorisierten. Und vor wenigen Tagen mußten es auch meine Frau und meine vier Kinder erleben:

Bei der Rückkehr von einem privaten Besuch war unser Haus aufgebrochen! Alle Zimmer waren durchwühlt, auch die der Kinder.

Die Polizisten erzählten uns, daß in unserer Gegend zurzeit Banden aus Georgien (!) ihr Unwesen treiben. Noch schlimmer als der materielle Schaden ist der verstörende Gedanke: Fremde Leute haben in unseren privaten Sachen geschnüffelt. Das empört und man fühlt sich hilflos.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist es, die Bürger vor Kriminalität zu schützen. Wie kann es sein, daß Diebesbanden aus Georgien und anderen Ländern ungehindert nach

Deutschland kommen können? Wenn der deutsche Staat mit seinen offenen Grenzen nicht seine Kernaufgaben erfüllen kann, dann müssen wir wieder zur Kontrolle der nationalen Grenzen zurück. Während des G-20-Gipfels in Hamburg hat man es auch so gemacht. Dadurch wurden Hunderte von Straftätern gefaßt. Sind die normalen Bürger etwa weniger wert als die Polit-Elite? Diese Raubzüge müssen endlich entschieden bekämpft werden! Das Vertrauen der Bürger in einen funktionierenden Staat schwindet sonst immer mehr.

Dr. Malte Kaufmann ist Unternehmer und war von 2002 bis 2016 Mitglied der CDU. Im September kandidierte er für die AfD im Wahlkreis Heidelberg/Weinheim.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. Dezember 2017: >>**Fast eine Milliarde Mehrkosten für die Steuerzahler!**

Immer mehr Migrant-Kinder sind auf Stütze angewiesen

So viele Kinder wie noch nie sind in Deutschland auf Sozialhilfe angewiesen! Grund ist vor allem die unkontrollierte Masseneinwanderung.

Nach vorläufigen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) bezogen zur Jahresmitte 2,05 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Hartz-IV-Leistungen bzw. lebten in sogenannten Bedarfsgemeinschaften. Das waren rund 100.000 mehr als im Juni 2016 (plus 5 %).

Die Mehrkosten für die Steuerzahler betragen 900 Millionen Euro - Tendenz steigend!

Von den 2,05 Millionen bedürftigen Kindern waren allein 584.000 nichtdeutsche Staatsangehörige. Das entspricht einem Anstieg von unglaublichen 41 Prozent!

Für die Zuwanderung in die Sozialsysteme ist allerdings nicht nur die sogenannte Fluchtmigration ursächlich. Auch aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien hält der Zustrom nach "Germoney" an.

Die Zahlen im Einzelnen:

- Mitte 2017 bezogen rund 205.000 syrische Kinder Hartz-IV-Leistungen - mehr als doppelt so viele wie ein Jahr zuvor.

- Die Zahl afghanischer Kinder in sogenannten Bedarfsgemeinschaften stieg um 25.000 auf 37.000.

- Aus dem Irak stammten 51.000 anspruchsberechtigte Kinder - ein Plus von 26.000. Diese Gruppe erhielt zunächst Unterstützung nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz und dann, nach Anerkennung als Schutzsuchende, Geldzahlungen wie deutsche Langzeitarbeitslose.

Hinzu kommt eine zweite, stark wachsende Gruppe: Für Rumänen und Bulgaren gilt seit Anfang 2014 volle Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union (EU). Bürger dieser beiden Länder tauchen seither immer häufiger in der Statistik auf. Im Juni 2017 erhielten 30.340 Kinder aus Bulgarien und 27.828 aus Rumänien Hartz-IV-Leistungen zugesprochen. Dabei haben eigentlich nur solche EU-Bürger und deren Kinder Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen, die zuvor in Deutschland beschäftigt gewesen waren. Absurderweise reicht jedoch schon ein Mini-Job oder eine "selbstständige" Tätigkeit aus, um abkassieren zu können.

Im Juni 2017 erhielten 30.340 Kinder aus Bulgarien und 27.828 aus Rumänien Hartz-IV-Leistungen zugesprochen.

Der monatliche Hartz-IV-Regelsatz liegt aktuell bei 409 Euro für alleinstehende Erwachsene. Für Kinder und Jugendliche zahlt der Staat bis zu 311 Euro.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>**Werden wir ein Volk von Analphabeten?**

An vielen deutschen Schulen kommt bereits jeder zweite Viertklässler aus einer Migrantenfamilie. In manchen Stadtteilen sind es sogar 90 Prozent und mehr.

Jetzt übertrifft eine neue repräsentative Studie die schlimmsten Befürchtungen: Jeder fünfte Grundschüler kann nicht oder nicht richtig lesen. Deutschland ist auf dem Weg, ein Volk von Analphabeten zu werden!

Die "Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung" (IGLU) vergleicht alle fünf Jahre in 47 Ländern das Leseverständnis von Schülern der 4. Klasse. Dafür werden aus allen 16 deutschen Bundesländern 4.277 Viertklässler aus 208 Grund- und Förderschulen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt.

Praktisch sieht das so aus: Die Kinder bekommen ein Heft mit einem informativen und einem literarischen Text. Anschließend sollen sie Fragen zu den Texten beantworten. Die Gesamtdauer des Tests beträgt (inkl. Pausen) rund 200 Minuten. Zusätzlich erhalten etwa 3.000 Eltern, 200 Deutschlehrer und 190 Schulleiter einen Fragebogen zur familiären und schulischen Situation.

In den Jahren 2001, 2006 und 2011 schnitten deutsche Grundschüler noch vergleichsweise gut im oberen Drittel der Bestenliste ab. 2001 hatte es Deutschland sogar auf Platz 5 geschafft.

Heute sieht das Ergebnis ernüchternd aus:

Deutschland stürzt auf Platz 26 und landet somit nur noch im hinteren Mittelfeld.

An der Spitze liegen Rußland, Singapur und Hongkong. Schlußlichter sind Iran, Oman und Marokko.

Ähnlich negativ wie in Deutschland hat sich die Leistung der Schüler seither nur in Frankreich und in den Niederlanden entwickelt. Beide Länder sind gleichfalls von einer hohen unkontrollierten Masseneinwanderung betroffen. Noch Fragen?<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>**Die Sexismus-Heuchelei**

Lisa Lehmann

Was 2013 die "Aufschrei"-Kampagne war, ist heute, vier Jahre später, die künstliche "Me-Too"-Aufregung. Da es auf dieser Welt wohl keine schlimmeren Probleme gibt, werden dabei sogar unangemessene, aber eher harmlose Annäherungsversuche einiger Männer zu "Sexismus" aufgeblasen, anstatt diese ganz locker als lächerlich abzutun.

"MeToo" diente ursprünglich dazu, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz anzuprangern, doch immer mehr Frauen sprangen auf den "Ich-bin-ein-Opfer-von-Sexismus"-Zug auf und verwässern dadurch die Grenze zwischen tatsächlichem Sexismus und schlechter Anmache zum Schaden des ursprünglichen Anliegens.

Kampfbegriffe wie "Sexismus" werden mittlerweile inflationär verwendet und überstrapaziert. Eine Differenzierung findet dabei nicht statt. Mich als Frau regt das auf, denn echte Opfer werden dadurch unglaubwürdig und lächerlich gemacht. Auch die Rollenverteilung scheint dabei von vornherein klar zu sein - Frauen sind hierbei immer die Opfer, Männer die Täter. Als Frau will ich aber nicht in diese Opferrolle gedrängt werden! Ich bin emanzipiert genug, um zwischen echtem Sexismus und schlechter Anmache zu unterscheiden und mich dieser zu erwehren.

Überzogene Kampagnen wie "MeToo" oder "Aufschrei" sorgen letztlich dafür, daß es Männern schon als riskant erscheint, einer Frau die Tür aufzuhalten, ohne dabei in Sexismusverdacht zu geraten.

Vielmehr frage ich mich, wo denn der öffentliche Aufschrei war, als es in der Silvesternacht 2015/16 in Köln und anderen deutschen Großstädten zu unzähligen echten sexuellen Übergriffen auf Hunderte von Frauen durch Gruppen junger ausländischer Männer kam? Und wo bleibt der Aufschrei hinsichtlich der täglichen als "Einzelfälle" deklarierten Sexualstraftaten durch sogenannte Flüchtlinge? Wo war die Courage für die vielen deutschen Frauen, die für Männer mit arabischen Wurzeln offenbar als Freiwild gelten? Da gab es nur den beschämenden Aufruf "eine Armlänge Abstand zu halten".

Mit diesem Rezept dürfte auch schlagartig die "MeToo"-Kampagne jegliche Brisanz verlieren, denn das Problem wäre ja dann auch hier gelöst.

Stellt sich dann nicht die Frage, daß diese aufgebauchten und inszenierten Aktionen einfach

nur der Ablenkung von den eigentlichen Problemen, die immer mehr Frauen in Deutschland und Europa im Zuge der Islamisierung ernsthaft bedrohen, dienen?

Lisa Lehmann (21) ist stellvertretende Vorsitzende der Jungen Alternative Sachsen-Anhalt.<< Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>"Der Anschlag ist eine Folge politischer Untätigkeit!"

Ein schneidender Ostwind pfeift an diesem Montag, 19. Dezember 2016, durch die Budengassen auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz neben der Berliner Gedächtniskirche. Die Menschen schlürfen heißen Glühwein gegen die Kälte. Es duftet nach Aromakerzen, Bratwurst, Lebkuchen.

Auf die Minute genau um 20.02 Uhr erreicht der Terror des "Islamischen Staates" an diesem Montagabend Deutschland. Es ist die Minute, die das Leben in Deutschland von Grund auf verändern sollte, die aus fröhlichen Weihnachtsmärkten beklemmende Begegnungsstätten der Angst hinter Betonpollern und Zäunen wie in einem Hochsicherheitstrakt gemacht hat.

Anis Amri, ein mehrfach vorbestrafter, 24 Jahre alter tunesischer Gewalttäter, rast mit einem gestohlenen polnischen Sattelschlepper der Marke Scania in die Menschenmenge. 12 Menschen - 6 Männer und 6 Frauen - sterben. Mehr als 70 Personen werden zum Teil schwer verletzt. Einen Tag vor Weihnachten erschießt die italienische Polizei Amri auf der Flucht in einem Mailänder Vorort.

Die 12 Toten, die Deutschland in dieser Weihnachtswoche zu beklagen hatte - es waren und sind die Toten der Masseneinwanderungskanzlerin Angela Merkel (CDU)!

Denn: Ohne den Dauerzustand der illegalen Grenzöffnung wäre der Massenmörder im Sommer 2015 kaum nach Deutschland gelangt.

Als Amri im Juli 2015 in Deutschland ankommt, hat er eine vierjährige Haftstrafe in Italien verbüßt. Er gibt sich als "politisch verfolgter" Ägypter aus. Amri hält sich unter 13 verschiedenen Identitäten (!) in Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und ab Februar 2016 vor allem wieder in Berlin auf. Er dealt mit Drogen.

Wegen seiner Kontakte zur Terror-Miliz "Islamischer Staat" gerät der Tunesier ins Visier der Sicherheitsbehörden: Das Terrorabwehrzentrum stuft ihn als Top-Gefährder ein. Dennoch bricht der Berliner Staatsschutz eine Überwachung des Terrorverdächtigen vorschnell ab. Ein verhängnisvoller Fehler!

Es war nicht der einzige schwere Fehler in dieser Verkettung eines unglaublichen Staatsversagens!

Weil er keine gültigen Ausweispapiere hat, wird Amri nicht abgeschoben. Am 21. Dezember 2016 schließlich übermitteln die tunesischen Behörden die Papiere. Für die 12 Toten des Berliner Weihnachtsmarktes kommen sie zwei Tage zu spät.

Merkel trifft Opfer und Angehörige

Ein Jahr nach dem Anschlag will sich die Masseneinwanderungskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 18. Dezember auf öffentlichen Druck erstmals mit den Angehörigen der Opfer treffen und sich ihrer Kritik stellen. In einem erschütternden offenen Brief werfen die Hinterbliebenen der Bundesregierung politisches Versagen vor und weisen Merkel eine persönliche Mitschuld am Tod ihrer 12 Angehörigen zu.

Der Schlüsselsatz ihrer Anklage lautet: "Frau Bundeskanzlerin, der Anschlag am Breitscheidplatz ist auch eine tragische Folge der politischen Untätigkeit Ihrer Bundesregierung ..."

Alice Weidel, Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, kritisiert: "Ein Treffen - ausgerechnet einen Tag vor dem Jahrestag des Anschlages - setzt die Angehörigen einer extremen psychischen Belastung aus und ist angesichts des opportunen Verhaltens der Kanzlerin an Peinlichkeit nicht zu überbieten."

Bis heute werden die 132 Überlebenden und die 12 Opfer-Familien auf eine entwürdigende Weise zu Bittstellern degradiert. Zwar sieht ein Härtefallfonds für Entschädigungen eine

Summe von rund drei Mio. Euro vor. Aber bislang sind erst 1,6 Mio. Euro geflossen. Das sind im Schnitt lächerliche 12.000 Euro.

Sascha Hüsches, der mit einer schweren Hirnblutung das Inferno überlebte, mußte nach dem Anschlag in ein künstliches Koma versetzt werden. Er verbrachte das Jahr in Krankenhäusern und Rehakliniken. Seit dem 19. Dezember 2016 hat er kein Wort mehr gesprochen. Manchmal blinzelt der 45-Jährige mit den Augen, bewegt die linke Hand. Der Rest des Körpers ist gelähmt.

Was würde Sascha Hüsches Frau Merkel sagen, wenn er bei dem Treffen am 18. Dezember dabei sein und sprechen könnte?<<

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 20. Dezember 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Nichts ist mehr wie es war ...**

Es gibt sie, die besinnlichen Stunden der Vorweihnachtszeit in den Familien. Es gibt sie in Vereinen und im Freundeskreis.

Vieles aber hat sich verändert seit der Massenmigration ab 2015, seit dem Silvesteralbtraum in Köln und insbesondere seit dem Lkw-Attentat durch den islamistischen Attentäter Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz mit zwölf Toten und vielen Verletzten im vorigen Jahr. Daß es über ein Jahr keinerlei Zeichen der Anteilnahme durch die Bundeskanzlerin den überlebenden Opfern und den Angehörigen der Toten des islamistischen Weihnachtsmarkt-Attentates gegenüber gegeben hat, war ein indiskutables Zeichen von Herzenskälte und Verantwortungslosigkeit aus politischem Kalkül.

Wer die diesjährigen Weihnachtsmärkte besucht, dem fallen im Umfeld der schönen Lebkuchenbuden, Glühweinstände, dem zauberhaften Kunsthandwerk mit handgeschnitzten Engeln und Honigkerzenangeboten häufig schwer bewaffnete Sicherheitskräfte auf, nicht selten phantasievoll garniert durch riesige Betonklötze, liebevoll in Geschenkpapier verpackt oder schlicht auch als solche sofort ins Auge springend.

Man geht nicht mehr völlig unbefangen mit seiner Familie dorthin.

Aber unterkriegen lassen wollen sich die Menschen auch nicht und überwinden zumeist das Unwohlsein.

Die Unbefangenheit, mit der in Deutschland Volksfeste und Weihnachtsmärkte stattfinden konnten und besucht wurden, ist vorbei. Seit der Massenmigration aus dem muslimisch-arabisch und afrikanischen Raum ist nichts mehr wie es war ...

Daß sich die Sicherheitslage in Deutschland signifikant verschlechtert hat, ist inzwischen selbst denjenigen klar, die gar nicht genug den Zustrom von Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen bejubelten. Auch wenn man nicht darüber sprechen will oder sogar versucht, die Lage zu beschönigen.

Offenkundig hat sich aber die Sicherheitslage nicht nur für größere Veranstaltungen dramatisch verschlechtert. Das New Yorker Gatestone-Institut hat bereits vor geraumer Zeit ermittelt, daß es allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres in Deutschland mehr als 1.600 Messerattacken gegeben hat. Pro Monat sind das mehr als 300 offiziell bekannt gegebene Messerattacken. Täglich wird demnach zehnmal das Messer als Waffe eingesetzt.

Die mutmaßlichen Täter stammen nach der Analyse diverser Polizeiberichte durch das Gatestone-Institut weitgehend aus dem Kreis der Asylbewerber und sonstiger Migranten.

Sarkastisch kann man feststellen, daß man eigentlich Waffenscheine für Messer einführen müßte.

Niemals zuvor in der Geschichte unseres Landes kam es zu einer solchen Vielzahl von Gewalttaten mit Messern. Auch eine Zunahme sexueller Gewalt ist seither nicht mehr zu übersehen. Das hat dazu geführt, daß Frauen oftmals nicht mehr jeden Weg zu jeder Zeit gehen.

Insgesamt muß leider konstatiert werden, daß der öffentliche Raum deutlich unsicherer geworden ist. Die Verpöllerung unserer Weihnachtsmärkte ist der offensichtlichste, geradezu ins

Auge springende Hinweis auf die beunruhigenden Veränderungen in Deutschland.<<

Schlußbemerkungen: Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen angeblich politisch Verfolgten (gemäß Grundgesetz Artikel 16a), Kriegsflüchtlingen (gemäß Genfer Konvention) und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).

Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.

Infolge dieser unentschuldbaren Destabilisierungspolitik der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika und Arabien explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese enormen "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich aufzubringen und werden langfristig das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat vernichten. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel ("Wir schaffen das ...") vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr weiterhin keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.

In einigen deutschen Städten beträgt der Anteil der islamischen Neugeborenen bereits 50 % bis 80 %. Die große Mehrheit der Muslime hält "religiöse Gesetze" grundsätzlich für wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben und bestätigen, und daß nur eine mögliche Auslegung des Korans existiert. Diese Muslime halten daher den bevorstehenden "heiligen Krieg gegen die Ungläubigen" für unumgänglich.